Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 178. Freitag, den 1. August 1913. 20. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“

Sozialismus und Persönlichkeit.

I.

Daß der Sozialismus die persönliche Freiheit des Einzelnen vollständig untergrabe und zunichte mache, gilt bei unseren Gegnern als feststehend. Es ist dies sogar eines ihrer wichtigsten Argumente gegen uns. Was kann denn auch tieferen Eindruck machen, als wenn man den Leuten sagt: kommt der Sozialismus zur Herrschaft, dann ist es mit jeder Selbstbestimmung vorbei, dann müßt ihr bei allem, was ihr tut und laßt, was ihr eßt und trinkt, was ihr arbeitet und nicht arbeitet, euch nach obrigkeitlichen Vorschriften richten! Der selige Eugen Richter war's, der das Schlagwort vom Zuchthausstaat erfunden hat. Nun ließe sich darauf erwidern: selbst wenn dem so wäre, so könnten die Nöte dieses „Zuchthausstaates“ den Proletarier nicht schrecken, weil all das, was ihm da angeblich winkt, auch heute schon auf ihn lastet. Wo ist denn im heutigen Staat die Freiheit der Berufswahl, die Freiheit der Arbeitsstätte, die Freiheit des Lebensgenusses für den Proletarier? Die Dinge würden also für ihn mindestens nicht schlimmer werden, als sie heute sind, und der Nutzen, der aus all diesen Leiden fließt, würde dann der Gesamtheit zugute kommen, statt daß er heute die Taschen einiger Kapitalisten füllt.

Indessen leuchtet wohl ein, daß mit ein paar Phrasen des freisinnigen Agitators und mit ihrer mehr ironischen Zurückweisung dem Ernste des Problems nicht Genüge getan ist. Und man freut sich ordentlich, wenn man im gegnerischen Lager hin und wieder einmal einer Stimme begegnet, die über eine so ernste Frage ernste Gedanken äußert. Dies ist der Fall im Juliheft der Preußischen Jahrbücher in einem Aufsatz von Güldenstubbe über „Die Freiheit des Einzelnen im heutigen Staat“. Er spricht zwar nicht unmittelbar vom sozialistischen „Zukunftsstaat“, aber was ihn ängstigt, ist eben doch das unabwendbare Kommen des Sozialismus. Er sieht deutlich, wie in der Gegenwart alles auf den kommenden Sozialismus hinarbeitet:

„Die Möglichkeit, die persönliche Eigenheit frei sich gestalten und entfalten zu lassen, wird immer mehr eingeengt. Das Bestreben geht dahin, die geistige Entwicklung des einzelnen Menschen immer entschiedener dem Willen des Staates, d. h. der leitenden Männer, zu unterwerfen . . .

Das heutige Verkehrswesen, die gewerbliche Massenproduktion, der Schulzwang und die uniformierte Schule, die allgemeine Wehrpflicht, die wirtschaftlichen und Steuergesetze, der ganze allgegenwärtige Staat, dessen zudringlicher Fürsorge niemand entrinnt, alles das wirkt auf Ausgleichung der Besonderheiten, Auslöschen des selbständig Persönlichen, Erzeugung einer menschlichen Fabrikware, Vergesellschaftung des Einzelnen. Bei dieser allgemeinen Sozialisierung ist das letzte Wort der Sozialismus.“

Das gilt ihm als eine schwere Gefahr, nicht aus den läppischen Gründen Eugen Richters, sondern weil er daraus eine Verkümmerung der individuellen Anlagen erwachsen sieht, die ihm für die Zukunft der Menschheit verhängnisvoll zu sein scheint:

„Nur der Individualismus kann bedeutende Anlagen zur Reife bringen . . . Die organisierte Herde wird nur Herdenmenschen hervorbringen, vielleicht gute Durchschnittsware, brauchbare Werkzeuge für geistige Handlangerarbeit. Die Menschheit braucht aber auch leitende Männer, überragende Persönlichkeiten, die der Massenarbeit die Wege weisen.“

Man braucht nicht all diesen Worten zuzustimmen und kann doch anerkennen, daß die Verkümmerung der freien Persönichkeit, der wir heute überall begegnen, nicht nur für den einzelnen davon Betroffenen ein Unglück, sondern für die Zukunft der Menschheit insgesamt eine Gefahr bedeutet. Nun wissen wir Sozialisten freilich, daß diese Verkümmerung eine notwendige Folge unserer wirtschaftlichen Zustände ist. Ein Blick auf das Leben der Proletarier, die doch über 90 Prozent der Menschheit ausmachen, zeigt, daß bei ihrer Lebensweise jede Ausreifung persönlicher Anlagen, jedes Ausleben der Individualität unmöglich ist. Aber wer wollte leugnen, daß unsere staatlichen Einrichtungen diese verhängnisvolle Entwicklung noch fördern!

„Werfen wir einmal einen Blick auf die heutige Schule. Der Typus ist staatlich verordnet; was von Klasse zu Klasse gelehrt und gelernt werden soll, was bei Aufnahme und Abgang zu fördern ist, wird, soweit irgendmöglich, von oben bestimmt. Aber der Geist läßt sich trotzdem nicht in Paragraphen einfangen, und die Geister sind schließlich verschieden. Man tut ja sein möglichstes im Reglementieren und Unifizieren, doch alle Paragraphen können dem Unterricht nur von außen beikommen und ihre Befolgung kann nur äußerlich nachgeprüft werden. Das Uniformieren ist darum unvermeidlich auch ein Veräußerlichen, eine Herabdrückung der Bildung . . . darum ein Anhäufen von Gedächtniskram, ein Antrieb zum Auswendiglernen. Nicht einmal das Gedächtnis gewinnt dabei. Ueberfüllt man es, so stumpft man es ab, viel Auswendiglernen macht vergeßlich . . . Nicht auf das Ansammeln von Kenntnissen kommt es an, nicht auf formale Dressur, die Mahnung an die Schüler soll lauten: Lerne deine Augen auftun und die Welt verstehen, soweit es uns Menschen gegeben ist. Wer das nicht, wer das nicht recht gelernt hat, der ist ungebildet.“

Dann folgt eine scharfe Verurteilung der Schablone, die im heutigen Schulwesen herrscht:

„Gerade hervorragende Begabungen sind oft einseitig und passen nicht in die allgemeine Schablone. In der unformierten Schule ist für solche kein Platz. Die Schule rechnet ja nur mit vorschriftsmäßigen Normalschülern. Wer über das Maß in die Höhe ragt, Kopf ab! Fort mit ihm! Er hat ja nicht in allen Fächern die geforderten Durchschnittsnummern.“

Aber auch die sonstigen Staatseinrichtungen, die den jungen Menschen nach der Schulzeit umgeben, sind nicht geeignet, „gebundene Kräfte auszulösen, angeborene Gaben zur vollen Reife zu bringen“:

„Auch für den Begabtesten, der vielleicht zu den größten Leistungen befähigt sein würde, folgt eine endlose Zeit mühseliger Handlangerarbeit, und wer kann mit Bestimmtheit sagen, ob überhaupt noch entdeckt werde, daß im Kärrnerkleid vielleicht ein Königskind steckt?“

Welcher Sozialist wollte nicht diesen Ausführungen aus vollem Herzen beistimmen! Und doch gelangt der Verfasser auf diesem Wege zu einer scharfen Verwerfung und Verurteilung des Sozialismus. Und ihm werden alle diejenigen beistimmen, die den Sozialismus als „öde Gleichmacherei“ haben verrufen hören. Das ist ja gerade nach der Vorstellung Güldenstubbes das Gefährliche, daß durch fortschreitende Demokratisierung alle Besonderheiten, alles Hervorragende, alles Individuelle und Persönliche ausgeglichen und ausgelöscht wird. Und nicht verächtlich genug weiß er von der Demokratie zu reden:

„Der ganze Geist der heutigen Staatsverfassungen zielt dahin, die Menge zur Geltung zu bringen . . . Die politische Entwicklung verläuft auf der schiefen Ebene stetiger Demokratisierung . . . Daß aber die demokratischen Einrichtungen nicht dazu geeignet sind, wirklich bedeutende Männer emporzuheben, leitende Geister an die Spitze zu bringen, lehrt das sinkende Niveau der Parlamente, die geistige Oede aller heutigen politischen Versammlungen.“

Gegenüber dieser Verwerfung aller Demokratie läge es nahe, die Frage aufzuwerfen, wie denn die Besonderheiten und Begabungen der Einzelnen erkannt und entwickelt werden sollen, wenn nicht durch eine noch viel weitergehende Heranziehung der Volksmassen zu besseren Schulen usw., d. h. also durch eine viel weitergehende Demokratisierung. Gerade weil die höheren Schulen und infolgedessen die höheren Berufe nur einem kleinen ausgewählten Teil des Volkes offen stehen, müssen in der breiten Masse so viel Intelligenzen und Fähigkeiten ungenutzt zugunde gehen. Doch wollen wir uns in diese Frage heute nicht vertiefen. Denn einmal ist es müßig, darüber zu klagen, weil die Schule — wie alle Staatsanstalten — nicht nach der mehr oder minder klaren Einsicht der Staatsmänner eingerichtet wird, sondern ein Resultat und zugleich wieder ein Werkzeug ist der Klassenkämpfe: die „Staatserhaltung“ ist das oberste Ziel aller Politik der bürgerlichen Parteien, d. h. die Erhaltung des Staates in seiner jetzigen Form, d. h. die Erhaltung der Klassenherrschaft. Diesem Ziel müssen alle Mittel dienen, auch die Schule, auch die sonstigen Veranstaltungen des Staates. Da hat es also gar keinen Zweck, den leitenden Staatsmännern oder Parteien ins Gewissen zu reden und ihnen zu zeigen, wie die Schule usw. „im Interesse der Gesamtheit“ anders eingerichtet werden müßte. Sodann aber wollen wir unsere Aufmerksamkeit heute nicht der Frage zuwenden, wie die Demokratie, sondern der Frage, wie der Sozialismus zur Persönlichkeit und persönlichen Freiheit steht.

Politische Rundschau

Deutschland.

Die Fleischpreise steigen!

Das Zentralblatt der Preußischen Landwirtschaftskammern veröffentlicht eine statistische Zusammenstellung, aus der sich ergibt, wie die Fleischermeister die Aussichten am Fleischmarkte betrachten. Es werden nämlich die Preise bekannt gegeben, die von den Schlächtermeistern bei der Vergebung der Fleischlieferungen für die Truppen der größeren preußischen Garnisonen gefordert werden. Die Preise verstehen sich per Kilogramm und freie Anlieferung an die Garnisonverwaltung. Wie sich die Preise im einzelnen stellen, das ergibt folgende Statistik:

	2. Halbjahr 1912	1. Halbjahr 1913	2. Halbjahr 1913
Ochsenfleisch	1,14—1,57	1,18—1,66	1,24—1,62
Kuhfleisch	1,12—1,50	1,16—1,62	1,18—1,57
Gehacktes Rinfl.	1,20—1,70	1,25—1,93	1,42—1,90
Kalbfleisch	1,00—1,70	1,20—1,80	1,30—1,84
Kalbsbraten	1,16—1,95	1,30—2,00	1,60—2,20
Hammelfleisch	1,22—1,62	1,30—1,64	1,48—1,80
Schweinefleisch	1,08—1,39	1,38—1,85	1,16—1,70
Eisbein	0,80—1,40	1,00—1,70	0,90—1,48
Schweineschmalz	1,10—1,55	1,45—2,00	1,20—1,30

Die Preise, die dem Publikum abverlangt werden, sind stets erheblich höher als die Preise, die von den Garnisonverwaltungen gezahlt zu werden pflegen, sodaß damit zu rechnen ist, daß im kommenden Winter die Fleischpreise weit höher stehen werden als in den letzten Monaten. Es müßte die Aufgabe der Regierung sein, — wenn sie nicht unter die Botmäßigkeit der Agrarier stünde, — schon jetzt Vorsorge zu treffen, daß dem bestimmt sich einstellenden Notstand rechtzeitig abgeholfen werden kann. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit tritt immer drohender auf; mit dem Herannahen des Winters wird die Zahl der Arbeitslosen sich ganz gewaltig vergrößern, und dazu noch die Verteuerung eines der wichtigsten Lebensmittel!

Stadträtliche und ministerielle Besorgnis um die deutschen Turner.

Die Arbeiterschaft in Gößnitz (S.-A.) beabsichtigte, ihre Klassengenossen über die Deutschen Turner und über die Gepflogenheit ihrer Leitung durch einige Flugblätter aufzuklären, die öffentlich verteilt werden sollten. Dazu hatte der Stadtrat die Erlaubnis durch folgendes Schreiben versagt:

„Die Erlaubnis zur öffentlichen Verteilung der von Ihnen eingereichten drei Flugblätter können wir Ihnen nicht erteilen. Der Inhalt der Flugblätter überschreitet die Grenze sachlicher Kritik und ist deshalb geeignet, die Anschauungen anderer Bevölkerungskreise zu verletzen, da der aufreizende Inhalt bestimmt und geeignet wäre, innerhalb der Gößnitzer Arbeiterbevölkerung Zwietracht zu hegen oder zu fördern. Wie die Verhältnisse liegen, konnte die verantwortliche Polizeibehörde mit Grund befürchten, daß die nach dem Lesen der Flugblätter zum Ausdruck gelangenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den aus gesellschaftlich oder wirtschaftlich nahestehenden Anhängern der „Deutschen Turnerschaft“ zu einer Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung führen könnten. Gesetzliche Aufgabe der Polizeibehörde ist es, alles zu entfernen, was geeignet ist, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören.“

Da diese Flugblätter in anderen deutschen Städten auch verbreitet worden sind, ohne daß es Revolution gegeben hat, wandten sich die Arbeiter mit einer Beschwerde an das Herzoglich Sachsen-Altenburgische Ministerium, das folgenden Bescheid erließ:

„Die Beschwerde über den Bescheid des Stadtrats vom 2. Juni 1913 wird nach Anhörung des Stadtrats als unbegründet zurückgewiesen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die eingereichten drei Flugblätter mit ihrem gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung im allgemeinen und gegen die im Rahmen dieser Ordnung sich betätigende Deutsche Turnerschaft im besonderen sich richtenden Inhalt Ruhe und Ordnung hinderlich sein könnten. Es muß deshalb der Stadtrat zu Gößnitz als befugt erachtet werden, die Erlaubnis zur öffentlichen Verteilung der Flugblätter zu versagen. Die Berufung auf die Verteilung der Flugblätter in anderen deutschen Polizeibezirken ist ohne Bedeutung, da jede Polizeibehörde über das, was für ihren Bezirk zulässig ist, nach den bestehenden besonderen Verhältnissen ihres Bezirkes zu entscheiden hat.“

Doch unsere Genossen wußten sich zu helfen; sie brachten die Flugblätter auf andere Weise an den Mann, und die befürchtete Revolution ist nicht ausgebrochen.

Der Leutnant als Kommis.

Wie die „Post“ aus industriellen Kreisen erfahren haben will, hat das Rundschreiben des Kriegsministers an die Handelskammern um Verwendung verabschiedeter Offiziere bereits Erfolg gehabt, denn es sollen schon zahlreiche Meldungen eingegangen sein, in denen verabschiedeten Offizieren Stellungen in den verschiedensten Gewerbezweigen angeboten werden. Die „Post“ bemerkt dazu aber noch:

„Es ist hierbei aber andererseits darauf hinzuweisen daß für Stellungen, für die ein Gehalt von 6000 Mk. und darüber ausgesetzt ist, auch sehr hohe und besondere Anforderungen gestellt werden. Es werden u. a. vollendete Sprachkenntnisse in zwei und mehr Sprachen verlangt; die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Truppe wird als Vorbedingung gestellt, und meist ist das 45. Lebensjahr als Altersgrenze gesetzt, bis zu der man Stellungen an Offiziere vergeben will. Hieraus geht hervor, daß verhältnis-

mäßig sehr wenige Bewerber sich für solche Posten eignen werden. Auch für Stellungen, für die nur ein geringes Einkommen ausgesetzt ist, werden teilweise verhältnismäßig weitgehende Anforderungen gestellt. Es kommt hinzu, daß zum Teil auch Kautionen verlangt werden, die ein großer Teil der verabschiedeten Offiziere nicht beizubringen in der Lage ist."

Daß bestimmte Firmen Offiziere anstellen werden, war von vornherein anzunehmen. Meist werden es natürlich solche Firmen sein, welche entweder mit der Kriegsverwaltung bereits Geschäfte machen, oder welche hoffen, mit der Militärverwaltung in geschäftliche Beziehungen treten zu können. Als Vermittler soll dann der Offizier dienen. Im übrigen werden heute schon Offiziere von der Industrie beschäftigt, allerdings vornehmlich als Reisende, die Kognak, Wein und Zigarren zu verkaufen haben. Ob die Lage dieser Reisenden eine so besonders günstige ist, daß andere Offiziere Sehnsucht nach solchen Stellen haben können, ist allerdings billig zu bezweifeln.

Die Vertagung der Berufung gegen das Erfurter Kriegsgerichtsurteil.

Der „Berliner Lokalanzeiger" berichtet Donnerstag abend, die Vertagung der Berufungsverhandlung gegen das bekannte Erfurter Kriegsgerichtsurteil sei auf Anweisung des Kriegsministeriums erfolgt. Das Kriegsministerium habe erneut um Uebersendung der Akten nach Berlin gebeten. Man halte es an zuständigen Stellen für möglich, daß die neue Aburteilung in der Strafsache See und Genossen bereits nach den neueren Richtlinien, die in der Militärstrafprozeß-Novelle gezogen werden sollen, vor sich gehen dürfte. Es sei daher anzunehmen, daß vor dem Spätherbst auf die Verhandlung dieser Strafsache vor dem Kasseler Oberkriegsgericht nicht zu rechnen sei.

Die parlamentarische Untersuchungskommission.

Wie fortschrittliche Blätter mitteilen, sind in die Kommission zur Unterstützung der Militärlieferungen auch die Abgg. Müller-Meiningen und Lisching berufen worden. Die Konservativen werden durch die Abg. Graf Westarp und v. Puttlitz vertreten sein. Diese Vorschläge sind von den Fraktionen ausgegangen und von der Regierung selbverständlich akzeptiert worden. Vielleicht entschließt man sich doch endlich, die Art der Zusammensetzung dieser wichtigen Kommission der Oeffentlichkeit mitzuteilen.

Offiziersausbildung im Eiltempo.

Der große Bedarf an Offizieren, der durch die Militärvorlage veranlaßt ist, hat die Heeresverwaltung bestimmt, ganz außerordentliche Maßnahmen zu treffen, die schon mehr einer Ueberstürzung gleichen. Die beiden neuen Kriegsschulen in Bromberg und Erfurt kommen für die Ausbildung von Offizieren noch nicht in Betracht, denn sie sind erst im Bau. Dafür hat man bei den anderen Kriegsschulen schleunigst noch einige Hörsäle eingerichtet, der Kadettenanstalt in Groß-Lichterfelde hat man zwei Kriegsschulklassen angegliedert. In den Offizierspressen wird gleichfalls eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet und außerdem hat man Offiziere des Beurlaubtenstandes als aktive Offiziere eingestellt. Die nötige Anzahl Offiziere wird man im Herbst beisammen haben, ob aber diese Ausbildung im Galopp auch wirklich brauchbares Material liefert, das sei eine andere Frage.

Holland.

Kein liberales Ministerium. Die Versammlung von Deputierten und Mitgliedern aller liberalen Parteien erörtete die Haltung, die man gegenüber der Ministerkrise einnehmen solle, nachdem sich die Sozialisten geweigert hatten, die Portefeuilles anzunehmen. Die Versammlung bedauerte einstimmig die Ablehnung, da ein aus Liberalen und Sozialisten zusammengesetztes Kabinett in der Kammer eine Majorität besessen hätte, um das allgemeine Wahlrecht zur Annahme zu bringen. Die Versammlung entschied dahin, daß die von den Sozialisten gestellten Bedingungen für die Unterstützung des liberalen Kabinetts nicht die Möglichkeit der Ausführung des Programms gewährleisten. Infolgedessen erklärte sich die Versammlung gegen die Bildung eines Kabinetts der Vereinigten Liberalen.

Frankreich.

Ein neuer Zwischenfall in Nancy. Nach einer Blättermeldung aus Nancy trafen Mittwoch nachmittag auf dem Rhein-Marne-Kanal zwei Vergnügungsjachten ein, deren eine, „Meteor", dem Berliner Kaufmann Mertens, die ander, „Ajax", einem Lütticher Kaufmann gehört. Jede Jacht hißte dem Brauche entsprechend die Nationalflagge. Der Anblick der deutschen Flagge rief bei den Hafenarbeitern eine große Erregung hervor. Einer riß sie herunter, als sich Mertens in der Stadt befand, und warf die Flaggenstange in den Kanal. Das Flaggentuch nahm er mit. Bald darauf wurde der Hafenarbeiter Schengen als der Uebeltäter ermittelt. Er legte sofort ein volles Geständnis ab und erzählte, daß er die Flagge im Hofe seines Hauses verbrannt habe. Das Zuchtpolizeigericht verurteilte ihn zu zehn Tagen Gefängnis. Nach einer weiteren Meldung soll Schengen die Tat im Rausche vollbracht haben, ohne daß er wußte, um welche Flagge es sich handelte. Trotzdem werden die Alldeutschen wieder das übliche Schimpfgeheul ausstoßen.

Die Einkommensteuer angenommen. Der Senat hat Mittwoch, wider Erwarten, das Prinzip der Einkommensteuer anerkannt und beschlossen, daß dieses Prinzip am 1. Januar 1915 durchzuführen ist. Der Senat hat ferner das aus der Kammer kommende Amendment Maloy angenommen, nach dem die Fenster-, Tür- und Personalsteuern abgeschafft und an deren Stelle die progressive Einkommensteuer gesetzt werden sollen.

Balkan.

Die Friedenskonferenz hielt gestern nachmittag in Bukarest ihre zweite Sitzung ab. Vorher hatten die rumänischen Delegierten in einer vertraulichen Konferenz endgültig die Grenzpunkte, deren Abänderung Rumänien verlangt, topographisch festgelegt. Ministerpräsident Majorescu schlug vor, daß die Mitglieder der Konferenz sich in strittigen Punkten in der entsprechenden Gruppierung gegenseitig in besonderen Sitzungen Vorschläge machen sollten derart, daß die hauptsächlichsten Fragen bereits erörtert und geklärt vor die Konferenz zurückkämen. Die Führer der Missionen stimmten dem Vorschlag zu. Abends wird die bulgarische Mission mit den rumänischen Delegierten arbeiten, um die rumänisch-bulgarischen Fragen zu erörtern. Freitag früh werden die Delegierten der Verbündeten mit den bulgarischen Abgesandten arbeiten. Nachmittags 4 Uhr findet eine Plenarsitzung statt, deren Dauer vom Umfang der geleisteten Arbeit der Sondersitzungen abhängt. Mittwoch abend fanden zwischen dem bulgarischen Delegierten Tontschew und dem griechischen Ministerpräsidenten Venizelos einerseits und Tontschew und dem serbischen Ministerpräsidenten Pasitsch anderseits Unterredungen statt. In den der Konferenz vorangegangenen Beratungen schlugen die Bulgaren vor, rumänische Offiziere sollten die Einhaltung der Bedingungen für die Waffenruhe überwachen, was jedoch abgelehnt wurde. Bei den Besprechungen gaben alle Teile gegenseitig die Versicherung, daß sie die möglichste Versöhnlichkeit walten lassen wollen. In einer langen Besprechung zwischen dem bulgarischen Delegierten Tontschew und dem griechischen Ministerpräsidenten Venizelos kam die Frage der Zuweisung Kavallas zur Sprache. Auf rumänischer Seite ist man bemüht, die Verständigung unter den Kriegführenden möglichst zu fördern. Deshalb sind die Sitzungen auf den Nachmittag verlegt worden, damit die Delegierten genügend Zeit zu Sonderverhandlungen haben.

Die Waffenstillstandsbedingungen, die für die fünftägige Waffenruhe beschlossen wurden, lauten: Es wird eine Demarkationslinie in gleichem Abstand von den Vorposten bestimmt und durch weiße Fahnen gekennzeichnet, wobei die Stellungen vom 31. Juli, nachmittags 12 Uhr, maßgebend sind. Der Waffenstillstand wird fünf Tage dauern und beginnt am 31. Juli mitags, mitteleuropäischer Zeit. Alle Truppen- und Verproviantierungsbewegungen dürfen nur hinter den Vorpostenlinien stattfinden. Die Kriegführenden werden sich gegensetig diese Bestimmungen bekanntgeben, um eine gleichzeitige Unterbrechung der Feindseligkeiten herbeizuführen. Die Kampfquartiere werden eiligst hiervon in Kenntnis gesetzt, um für rechtzeitige Ausgabe der nötigen Befehle zu sorgen. Artikel 50 und 51 der Haager Konvention finden Anwendung.

Aus Saloniki wird gemeldet, daß König Konstantin der Armee den Befehl gegeben hat, die Bulgaren nicht weiter zu verfolgen, aber die Stellungen zu behaupten, die zur Abwehr etwaiger feindlicher Angriffe geeignet seien. Amtlich wird aus Athen mitgeteilt: Neuerlich werden zwei vollständige Siege der Griechen gemeldet. Als die Bulgaren ihre Angriffe bei Djumaja wieder aufnehmen wollten, wurden sie zurückgeschlagen. Bevor sie Zeit hatten, Verstärkungen heranzuziehen, erlitten sie eine katastrophale Niederlage. Nichtdestoweniger fuhren sie fort, die griechischen Flanken anzugreifen und erschienen sehr verstärkt vor dem linken griechischen Flügel im Norden von Petschewo und suchten nach dem Süden gegen die Täler der Bregalnitza und der Zelavitza vorzudringen. Die Griechen wurden gezwungen, sich zurückzuziehen und eine Verteidigungsstellung auf den Höhen im Nordwesten von Petschewo einzunehmen. Die Bulgaren unternahmen drei Tage lang erfolglose Angriffe und wurden unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Zwei griechische Divisionen griffen die Bulgaren in der Flanke an und eroberten nach erbittertem Kampf die Höhen von Hassan Pascha und Lesca und vertrieben den Feind von allen Höhen. Die Bulgaren wollten bei Petschewo die griechische rechte Flanke angreifen, wurden jedoch zurückgeworfen. Eine andere bulgarische Abteilung, die aus sechs Bataillonen mit acht Kanonen bestand, kam von Tartar Pazrdik her und griff ein griechisches Bataillon bei Mahomia an. Das griechische Bataillon mußte vor den feindlichen Streitkräften sich gegen Peverihani zurückziehen. Jedoch kam die rechte griechische Division zu Hilfe und schlug den Feind vollständig in die Flucht. Die Verluste der Bulgaren sind bedeutend.

Ueber die serbischen Gesamtverluste werden aus Belgrad folgende Zahlen mitgeteilt: Vor dem Feind gefallen 7000, verwundet 21 000, an der Cholera gestorben 1200, an der Cholera erkrankt 12 000 Mann.

China.

Der Bürgerkrieg. Hukau ist kampflos eingenommen worden. General Lui, der neutral geblieben war, ist aus Kiukiang geflohen. In der Nähe von Saho ist ein Kampf im Gange. Die Nationalisten flüchten aus der Mandschurei.

Venezuela.

Die Revolte. In Willemstad auf Curacao gingen Telegramme aus Coro in Venezuela ein, die die gemeldete Empörung der Garnison bestätigen. Die Rebellen sind ans Ruder gelangt und üben die Funktionen der Regierung aus. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Bewegung von den Anhängern Castros geschützt wird, der einen auf der Höhe von Curacao liegenden Dampfer zur Verfügung haben soll. Von dem Schiffe sind noch keine Nachrichten hierher gelangt. Eine Anzahl von Briefen liegt für Castro auf dem Postamte Willemstad.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 1. August.

Die Bürgerschaft trat gestern vor den Ferien noch einmal — und zwar unter tropischer Hitze — zu einer Sitzung zusammen. Diese Sitzung begann sogleich mit einem unfreiwillig komischen Intermezzo. Als nämlich der Wortführer mitteilte, daß die Bürgerschaftsmitglieder an der Veranstaltung in der Marienkirche anläßlich des Kaiserbesuchs teilnehmen könnten, da schäumte der Patriotismus des liberalen Tischlermeisters Rosenquist über; er wollte gleich die ganze Gewerbekammer mit in die Kirche nehmen, was Herrn Dr. Ziehl auf den Plan rief, der meinte, daß dann auch die übrigen Kammern das gleiche Recht beanspruchen könnten. Es wird also am 10. August ein Gedränge der braven Bürger in der Marienkirche geben, das Wilhelm II. hoffentlich daran erinnert, daß Lübeck die „deutscheste der deutschen Städte" ist, wenn auch seit langen Jahren das rote Banner von seinen Türmen weht, und die große Mehrheit der Bevölkerung zu jener „Rotte von Menschen gehört, die — angeblich — nicht Wert ist, den Namen Deutsche zu tragen," die aber stolz darauf ist zur Sozialdemokratie, demnach auch zu den Republikanern, zu gehören.

Die Tagesordnung der Bürgerschaftsversammlung war nicht sehr reichhaltig. Dennoch wurde sie nicht erledigt, weil noch nicht einmal die Hälfte unserer erstklassigen Gesetzgeber es der Mühe wert erachteten, an den Verhandlungen teilzunehmen. Der Senatsantrag betr. die Verleihung des Enteignungsrechtes an die Aktiengesellschaft „Siemens" konnte von der Beratung ausgeschieden werden, da zwischen dieser Gesellschaft und dem Besitzer des Gutes Brandenbaum, gegen den sich das Enteignungsverfahren richten sollte, bereits eine Einigung zustande gekommen war.

Zu einer lebhaften Aussprache kam es beim Senatsantrag betreffend die Festsetzung der Gas- und Strompreise in den von Lübeck aus versorgten Fernorten und Außenbezirken. Besonders wandte sich Grünau gegen die Festsetzung des elektrischen Strompreises für Travemünde auf 55 ₰ für Lichtstrom und 25 ₰ für Kraftstrom, wie sie vom Senat verlangt wurde. Ein von ihm gestellter Antrag, 50 und 20 Pfg. für die Kilowattstunde zu beschließen, gelangte mit sozialdemokratischer Hilfe zur Annahme.

Die vom Senat beantragte Erhöhung des Preises für Gas, welches durch Automaten bezogen wird, bekämpfte die sozialdemokratische Fraktion durch Genossen Löwigt in entschiedener Weise. Während man vor einigen Monaten erst die Preise neu geregelt und den größeren Abnehmern besondere Vorteile zugewendet hat, will man nunmehr den minderbemittelten Gaskonsumenten — denn das sind in der Hauptsache die Benutzer der Automaten — den Gasverbrauch verteuern. Nach dem Antrag des Senates werden sie sich in Zukunft sogar schlechter stehen, als die Gasabnehmer mit gewöhnlichen Gasmessern, wie nachgewiesen wurde. Deshalb sei eventuell eine Miete für Gasmesser dem Senatsvorschlage noch vorzuziehen. Der Senat suchte seinen Antrag mit finanziellen Gründen zu rechtfertigen und die Mehrheit der Bürgerschaft stimmte ihm leider zu. Auf Anfrage erklärte der Senat ferner, daß er dem von sozialdemokratischer Seite gestellten, ihm von der Bürgerschaft fast einstimmig entgegengebrachten Ersuchen, den Leuten, die ausschließlich Kochgas verwenden, dieses zum früheren Preise zu überlassen, aus finanziellen Rücksichten nicht nachzukommen in der Lage sei. Merkwürdig, denn seinerzeit meinte derselbe Senatskommissar, es gebe überhaupt keine Leute, die nur Kochgas verwenden. Woher dann aber der befürchtete große Einnahmeausfall?!

Sehr interessant gestaltete sich die Debatte über die Einführung der Schulpflicht für Schwachbefähigte und Errichtung einer zweiten Hilfsschule, die in der vorigen Bürgerschaftssitzung abgebrochen werden mußte. Genosse Dr. Schlomer trat nochmals warm und mit guten Gründen für den Senatsantrag ein, während namentlich Pastor Becker und Hauptlehrer Schulmerich den Standpunkt des Bürgerausschusses vertraten, der einen nach unserer Meinung ungenügenden Notbehelf vorsieht. Vor der Gesamtabstimmung, bei der sich zeigte, das für die Senatsvorlage bei der schwachen Besetzung des Hauses keine Mehrheit vorhanden war, bezweifelte Genosse Löwigt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Nach der Meinung des Wortführers, der schnell einige Bürgerschaftsmitglieder, die von den Beratungen nichts gehört hatten, aus dem Ratsweinkeller heraufklingeln ließ, war die beschlußfähige Zahl von Bürgerschaftsmitgliedern gerade vorhanden, was aus der Mitte der Bürgerschaft bestritten wurde. Die Folge waren heftige Geschäftsordnungsdebatten. Die darauf vorgenommene Abstimmung ergab, daß 39 Bürgerschaftsmitglieder für und 20 gegen den Antrag des Bürgerausschusses stimmten, der somit nicht die zur sofortigen Verabschiedung erforderliche Zweidrittelmehrheit erhielt und nunmehr zur zweiten Lesung kommen muß. Es hätte also nicht viel gefehlt, und noch nicht einmal ein Drittel der gesamten Bürgerschaftsmitglieder hätte diese bedeutungsvolle Vorlage nach ihrem Willen, die den Interessen weiter Volkskreise und des Staates nicht gerecht wird, verabschieden können. Daß solches noch verhindert werden konnte, ist sehr erfreulich.

Für die Beratung der übrigen noch der Erledigung harrenden Tagesordnungsgegenstände interessierte sich niemand mehr; sie fand denn auch nicht statt, da die Bürgerschaftsmitglieder fluchtartig den Saal verließen, obwohl es noch gar nicht sehr spät war.

Der Kampf gegen die Volksfürsorge. Die kapitalistischen Versicherungsgesellschaften halten ihr Heer von Werbern fortwährend in Atem. Die Volksfürsorge, je kraftvoller sie sich auswirkt, bringt den ohnehin nicht beneidenswerten Agenten der großen Gesellschaften ein bedeutendes Mehr an Arbeit. Die Mittel sind manchmal skrupellos, mit denen diese Gesellschaften Krieg führen gegen das aus dem Volke hervorgegangene Unternehmen, sind vielfach unwahrhaftig, wie der Kapitalismus überhaupt. Die Agenten allerdings, die die Gesellschaften von Wohnungstüre zu Wohnungstüre hetzen, sind selbst nicht immer von den Vorzügen überzeugt, die sie anzupreisen verurteilt sind. Andere machen sich verdächtig durch das Übermaß an Vorteilen und Gewinn, das sie in Aussicht stellen und verderben sich damit das Geschäft selbst. Weil in letzter Zeit aber gerade mit Vergleichen hinsichtlich der Leistungen gearbeitet wird, und weil die Volksfürsorge hinsichtlich ihrer Leistungen nicht selten von Agenten der großen Gesellschaften herabgesetzt wird, sei eine vergleichende Tabelle, die aus dem Mathematischen Bureau Berlin stammt, hier angeführt:

Dauer der Versicherung: 15 Jahre. — Jahresprämie: 24 M.

Eintrittsalter	Volksfürsorge	Viktoria	Friedrich-Wilhelm	Wilhelma	Iduna	Arminia
15 Jahre	300	253	272	258	276	...
20 „	300	253	268	253	272	258
25 „	290	249	268	249	270	258
30 „	290	244	260	249	266	258
35 „	280	240	254	240	260	249
40 „	270	230	246	235	250	240
45 „	260	221	238	221	240	230
50 „	250	212	224	207	226	221

Dauer der Versicherung: 20 Jahre.

Eintrittsalter	Volksfürsorge	Viktoria	Friedrich-Wilhelm	Wilhelma	Iduna	Arminia
15 Jahre	410	350	382	360	382	360
20 „	400	346	372	350	376	360
25 „	400	341	364	346	368	360
30 „	390	336	354	336	358	350
35 „	380	318	342	323	344	332
40 „	360	304	328	304	326	313
45 „	340	281	306	286	304	295

In dieser Weise ließe sich die Tabelle fortsetzen. Hienach ist die Ueberlegenheit der Leistungen der Volksfürsorge glatt in die Augen springend. Nun würden bei obiger Berechnung die öffentlich-rechtliche Versicherung, die Deutsche Volksversicherung und die Leokasse mit nennenswert höheren Beträgen als die Volksfürsorge figurieren. Wir haben seinerzeit schon darauf hingewiesen, daß diese unverhältnismäßig höheren Leistungen insolange Bedenken erregen müssen, als nicht die

Versicherungsbedingungen in der Oeffentlichkeit bekannt geworden sind. Heute ist bereits eine Erklärung dieser wesentlich höheren Leistungen vorhanden. So ist bei der öffentlich-rechtlichen Versicherung eine Gewinnbeteiligung überhaupt nicht zu erwarten, während bei der Deutschen Volksversicherung die Gewinnbeteiligung erst nach 5 Jahren eintritt. Die Volksfürsorge hingegen kann ihren Versicherungsnehmern bereits heute einen sofortigen Gewinnanteil von 20 % in Aussicht stellen. Die Zugehörigkeit zur Leokasse hat zur Voraussetzung, daß der Versicherungsnehmer einem katholischen Standesverein angehört. Die in diesem Falle zu leistenden Beiträge in die Verbandskasse tragen natürlich nicht zur Verbilligung der Prämienzahlung bei. Auch die übrigen der Volksfürsorge gegenüber gestellten Versicherungen können hinsichtlich der Gewinnbeteiligung mit der Volksfürsorge nicht konkurrieren. So tritt bei der Friedrich-Wilhelm eine Gewinnbeteiligung nur bei der Sterbekasse vom 2. Jahre ab ein; bei der Arbeiterversicherung tritt lediglich eine 10prozentige Erhöhung ein, und zwar erst nach zehnjähriger Beitragszahlung. Bei der Wilhelma erfolgt die Gewinnbeteiligung bei der Sterbekasse erst nach 5 Jahren. Bei der Iduna tritt die Gewinnbeteiligung nominell sofort ein; die Verteilung erfolgt jedoch erst im 5. Jahre, falls der Versicherte noch lebt. Die Aufzinsung mit 3½ % erfolgt erst mit dem 6. Jahre. Bei vorzeitiger Einstellung der Prämienzahlung erlöschen sämtliche, auch schon gutgeschriebene Dividenden. Bei der Arminia werden Gewinne nur auf die Versicherungen verteilt, welche mindestens drei Jahre bestanden haben. Es würde zu weit führen, wollte man auch die übrigen Versicherungsbedingungen, besonders hinsichtlich des Erlöschens der Police, des Rückkaufs, der Altersberechnung, der prämienfreien Versicherung usw. einander gegenüberstellen. Summarisch kann gesagt werden, daß diese Bedingungen bei den großkapitalistischen Gesellschaften immer so verklausuliert sind, daß die Gesellschaft auf Kosten des Versicherungsnehmers einen ordentlichen Profit in die Tasche schiebt. Die ganze Tendenz der Volksfürsorge und ihr auf den Vorteil des Versicherungsnehmers gerichteter Zweck schalten solche eigennützige Momente von vornherein aus.

Es ist ja klar: Wenn diese großen Gesellschaften nicht recht gut wüßten, daß die Volksfürsorge als erste die Volksversicherung in gesunde Bahnen lenkt, und zwar zugunsten des Versicherungsnehmers, und daß sie tatsächlich ein Mehr an Leistungen unter den gleichen Voraussetzungen bietet, dann würde der Kampf gegen sie nicht mit dieser Schärfe, müßte nicht häufig mit diesen unwahrhaftigen Mitteln geführt werden.

Fünfundzwanzig Jahre im lübeckischen Staatsdienst befindet sich am heutigen Tage der Verwalter der lübeckischen Ortskrankenkasse, Herr Inspektor Oberländer. Der Jubilar war in Lübeck zunächst am Gericht tätig, funktionierte dann als Steuerkontrolleur und übernahm Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die leitende Stellung in der Verwaltung der Ortskrankenkasse. Wenn die Lübecker Ortskrankenkasse sich so mächtig entwickelt und ihre innere Organisation zum besten ihrer Mitglieder und deren Angehörigen unermüdlich vervollkommnet hat, so ist das nicht zum wenigsten Herrn Inspektor Oberländer zu danken, der gemeinsam mit dem Vorstande und den Vertretern der Mitglieder in dieser Richtung wirkte. Daher gebührt Herrn Oberländer auch der Dank der Arbeiterschaft. Der Senat zeichnete den Jubilar heute dadurch aus, daß er ihn zum Direktor ernannte. Wir wünschen Herrn Oberländer, daß es ihm noch recht lange vergönnt sein möge, der Ortskrankenkasse seine wertvollen Dienste zu leihen.

Private Sportinteressen auf Kosten der Steuerzahler. Man berichtet uns: Seit Sonntag finden in Travemünde Pferderennen statt, aus welchem Anlaß auch eine Anzahl Offiziere mit ihren Damen hier versammelt sind, von denen sich eine Anzahl aktiv am Rennen beteiligen. Soweit sie auf das schwache Geschlecht entfallen zum Teil im Herrensattel. Bei einem am Donnerstag abgehaltenen Morgentraining bemerkten wir nun — trotzdem nur wenige Offiziere in Uniform ritten — mindestens ein Dutzend Burschen. Alle drei Waffengattungen — Infanterie, Artillerie und Kavallerie — waren vertreten. Von letzterer Husaren, Dragoner, Ulanen, Kürassiere und Jäger zu Pferde der Linie und Garde, die den Herren und Damen in die Sättel halfen und festgurteten. Aber damit nicht genug, waren auch eine ganze Anzahl Unteroffiziere — namentlich im Sergeanten-Rang — zu sehen, die den Herren und Damen behilflich waren. Auf unsere an einen der Burschen gerichtete Frage, seit wann auch Unteroffiziere Burschendienste leisten, wurde uns geantwortet: „Diese reiten die Pferde mit zu." Nun handelte es sich doch in der Hauptsache um Rennpferde, um nichts mehr oder weniger, als daß aus Reichsmitteln die privaten Sportinteressen der Herrenreiter-Offiziere und deren Damen gefördert werden. Und das ist ein ziemlich starkes Stück.

Handelsregister. Am 30. Juli 1913 ist eingetragen: 1. bei der offenen Handelsgesellschaft Unger & v. Deesen, Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter von Deesen ist alleiniger Inhaber der Firma. Die Firma lautet jetzt: Westfälisches Leinenhaus Unger & v. Deesen. 2. bei der Firma Hans Struve, Lübeck: Dem Hugo Lohse in Rendsburg ist Prokura erteilt.

Der zweite Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1913/14 ist von den Steuerpflichtigen, die im Besitze eines Steuerzettels für die Stadt sind, in der Zeit vom 1. bis 11. August d. Js. bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten. Die Verlegung des Wohnsitzes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in eine Vorstadt oder einen Landbezirk und umgekehrt hat eine Änderung der im Steuerzettel angegebenen Zahltermine nicht zur Folge.

Unfall auf dem Hochofenwerk. Am Dienstag morgen verunglückte der Motorenwärter Möller auf dem Hochofenwerk dadurch, daß beim Reinigen der Schalttafel 6 Sicherungen der Kraftstromleitung durchschlugen, wodurch M. durch die hervorschießenden elektrischen Flammen an beiden Händen schwer und im Gesicht leichter verbrannt wurde. Nachdem dem Verletzten vom Portier ein Notverband angelegt, mußte sich M. sofort in ärztliche Behandlung begeben.

Schwankende Gesundheit. In der Woche vom 13. bis 19. Juli sind nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes von je 1000 Einwohnern, auf das Jahr berechnet, als gestorben gemeldet in: Aachen 12,5, Altona 16,7, Augsburg 18,1, Barmen 11,2, Berlin 12,3, Berlin-Schöneberg 11,3, Berlin-Wilmersdorf 10,1, Bochum 13,5, Braunschweig 17,0, Bremen 13,6, Breslau 17,9, Cassel 11,3, Charlottenburg 9,2, Chemnitz 14,1, Cöln 13,2, Crefeld 11,4, Danzig 14,2, Dortmund 15,1, Dresden 13,4, Duisburg 11,1, Düsseldorf 10,4, Elberfeld 12,9, Erfurt 10,7, Essen 17,9, Frankfurt a. M. 9,7, Gelsenkirchen 12,1, Halle 17,8, Hamborn 16,1, Hamburg 10,7, Hannover 10,9, Karlsruhe 10,9, Kiel 9,2, Königsberg 18,0, Leipzig 11,7, Lübeck 10,0, Magdeburg 15,1, Mainz 15,5, Mannheim 14,7, Mülheim a. d. R. 7,5, München 14,7, Neukölln 8,2, Nürnberg 12,5, Plauen i. V. 9,5, Posen 23,1, Saarbrücken 8,3, Stettin 23,1, Straßburg 14,6, Stuttgart 11,3, Wiesbaden 13,8, London 10,4, Paris 16,2, Wien 13,6.

pb. **Fahrraddiebstahl.** In der Nacht vom 30./31. v. M. ist vom Flur des Hauses Geverdesstraße 43 ein noch guterhaltenes Damen-Fahrrad, ohne Marke, mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, gelb- und grün-durchwirktem Schutzneß, etwas nach oben gebogener Lenkstange, rotem Damensattel, Freilauf, Rücktrittbremse und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 9924 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Diebstähle in Travemünde.** In der Nacht vom 29. zum 30. vor. Mts., zwischen 4 und 5 Uhr, ist von einem in der Autogarage beim Kurhaus in Travemünde stehenden Kraftwagen ein Doppelfernglas, Marke „Goerz", gezeichnet D. F. 99 P. N. 7252/77459 und ein 8faches Prismenglas, Marke „Zeiß", abhanden gekommen. Beide Gläser befanden sich in gelben Lederfutteralen. Für die Wiederherbeischaffung derselben hat der Eigentümer eine Belohnung von je 20 Mk. ausgesetzt. — Aus einem am Strande in Travemünde aufgestellten Strandkorbe sind mittels Erbrechens des unter dem Sitze befindlichen Behälters folgende Gegenstände gestohlen worden: 1 blauer Damen-Gummimantel, 1 schwarz gefütterter Damen-Südwester, 1 blauer Kopfschal, 1 Handtuch, gez. M. M., und eine Serviette. Handtuch und Serviette sind Richelieu-Handarbeit und noch nicht ganz vollendet. — In der Nacht vom 19. zum 20. vor. Mts. sind aus einem Garten in Bültwisch bei Travemünde 4 weiße Herrenhemden, gez. H. H., und ein Damenhemd, gez. M. H., abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

w. **Mölln.** In der Sitzung der städtischen Kollegien teilte der Bürgermeister zunächst mit, daß der bisherige Gasmeister des städtischen Gaswerks mit seiner Klage gegen die Stadt kostenpflichtig abgewiesen sei. Wir teilten im April d. J. mit, daß die Stadt dem damaligen Gasmeister Lenk gekündigt und 1000 Mk. geboten hätte, wenn Lenk sofort abzöge. Lenk hat dies Anerbieten abgelehnt und bis 1. Juli im Gaswerk geherrscht; als er am 1. Juli nicht auszog, wurde er exmittiert; jetzt hat er gegen die Stadt mit negativem Erfolge geklagt. Wir nehmen Lenk gewiß nicht in Schutz, er nahm den Arbeitern gegenüber den Herrenstandpunkt ein, können aber der dem Gaswerk vorstehenden Kommission den Vorwurf nicht ersparen, daß sie dem Gasmeister gegenüber nicht auf der Höhe gestanden hat. Die fortwährenden Klagen wegen der schlechten Beschaffenheit des Gases hätte die Kommission schon längst veranlassen sollen, einzugreifen, ebenso die Zustände mit dem Wäscher, der total unbrauchbar geworden und überhaupt nicht gebraucht worden ist. Lenk gegenüber gilt das Sprichwort: Der Krug geht so lange zu Wasser bis er bricht. — Zu Punkt 1 der Tagesordnung wurde beschlossen, das Statut für die Wasserleitung und für die Kanalisation in dem Sinne abzuändern, daß nicht wie bisher die Mieter, sondern der Eigentümer für die Abgaben haften. Das Wasserleitungsnetz soll auf die Straßen Wall, Auf dem Wall, Auf den Dämmen und Kirchhofsweg ausgedehnt werden. — Abgelehnt wird die Aufstellung einer Laterne an der Feldbäckerei. — Für das Wasserwerk soll ein Maschinist und für Gas- und Wasserwerk ein Schlosser durch Dienstvertrag angestellt werden. — Die Feier der Eröffnung des Krankenhauses soll am 9. August, die allgemeine Besichtigung am 10. und 11. August in der Zeit von morgens 9—11 und nachmittags 3—6 Uhr stattfinden; am 14. August soll dann das Krankenhaus der Benutzung übergeben werden. Seit reichlich 3 Jahren ist an dem Krankenhaus gebaut und Mühe und Arbeit hat es gekostet, die städtische Verwaltung für den Bau zu interessieren; hoffen wir, daß das schwer errungene Werk den Erwartungen entspricht. Die Unkosten betragen 95 000 Mark. — Einige weitere Punkte wurden von der Tagesordnung abgesetzt. — Nach den bezüglich des Volksschulhausbaues der Regierung gegenüber übernommenen Verpflichtungen muß Mölln in diesem Jahre den Bauplan fertigstellen. Es ist ein Projekt ausgearbeitet, das unseren Stadtvätern aber zu teuer ist; die Regierung hat einige Erleichterungen gestattet, die aber die Höhe der Bausumme wenig beeinflussen. Der Regierungsbaumeister Osterwoldt, der Sohn des Baurats Osterwoldt, soll ersucht werden, ein für Mölln genehmeres Projekt auszuarbeiten. In seinen Ausführungen hierzu bemerkte der Bürgermeister, daß für einen Ort wie Mölln die Anlage von Bädern, Erteilung von Handfertigkeits-Unterricht unnötig sei. Wenn die Kinder der Volksschule nur lesen, rechnen und schreiben lernten, sei dies genügend. Wir wollen mit dem Bürgermeister über das, was in der Volksschule gelehrt werden soll und muß nicht rechten, dazu hat der Mann zu wenig Kenntnisse von dem, was die Volksseele verlangt. Konstatieren müssen wir aber, daß auch seitens der Stadtverordneten sich nicht einer fand, der für die Volksschule eintrat. Die Herren schicken ihre Kinder in bessere Schulen; will die Arbeiterschaft, daß ihr Wille und ihre Ansichten im Rathause vorgebracht werden sollen, muß sie dafür sorgen, daß Leute aus ihren Kreisen in die Stadtvertretung gewählt werden. — Zwischen Mölln und Bergedorf soll eine Auto-Omnibus-Verbindung geschaffen werden, für die Zeit der Probefahrten, 6—8 Wochen, wird eine Garantiesumme von 300 Mark bewilligt. Als Preis für die am 14. September ds. Js. hier stattfindende Polizeihundprüfung wurden 25 Mark bewilligt. — Einige Anträge auf Bewilligung von Baugeldern für die Wasserleitungsanlagen, auf Anstellung eines Arztes für das Krankenhaus und eine Aussprache wegen Elektrizitätsversorgung sollen in geheimer Sitzung verhandelt werden. Warum diese Angelegenheiten geheim behandelt werden müssen, entzieht sich unserm beschränkten Untertanenverstande; um das begreifen zu können, muß man wohl schon höhere Schulen besucht haben, und wäre es aus diesem Grunde schon angebracht, die Volksschule besser auszubauen, als der Bürgermeister dies wünscht.

Hamburg. Zum Hamburger Werftarbeiterstreik. Die Maschinisten und Heizer von Hamburg-Altona hielten am Mittwoch abend eine außerordentliche Generalversammlung ab, die zum Werftarbeiterstreik Stellung nahm. Nach lebhafter, ausgedehnter Debatte, in der das Verhalten des Vorstandes teils scharf kritisiert, teils entschuldigend erklärt wurde, wurde beschlossen, daß in den nächsten vier Wochen 8 Marken zu 25 Pfg. abgenommen werden sollen, um lokale Mittel für die Streikenden zu beschaffen. Es handelt sich um Baumarken für das Gewerkschaftskartell, die nur beschleunigt abgeführt werden sollen. Die jüngeren Werftarbeiter reisen mehr und mehr zum Teil in die Heimat, zum Teil nach anderen Orten ab.

Hamburg. Schiffszusammenstoß. In der Nacht zum Donnerstag stießen auf der Elbe der Fährdampfer „Abendrot" und der Schleppdampfer „Michel" zusammen. Der Dampfer „Abendrot" sank alsbald. Die Fahrgäste, 25 Personen, wurden von zwei Schleppern gerettet.

Oldenburg. Erschossen. Beim Erklettern eines Staketts mit einer Vogelflinte in der Hand widerfuhr dem noch schulpflichtigen Sohn eines Bahnwärters zu Liethe bei Rastede ein Unglück, indem das Gewehr losging. Die Kugel drang dem Jungen in die Brust und verletzte ihn derart, daß er eine Stunde danach verstarb.

Apenrade. Der Raubmörder gefaßt? Man glaubt hier den Schafhauser Raubmörder gefaßt zu haben. Einem Arbeiter fiel Mittwoch abend ein Mann auf, dessen Aussehen mit den Angaben über den Mörder übereinzustimmen schien. Der Arbeiter machte Mitteilung an die Polizeibehörde, welche die sofortige Verhaftung des Mannes vornahm. Der Verhaftete ist galizischer Arbeiter und nennt sich Hishell. Er kann sein Alibi nicht nachweisen, behauptet aber in Rendsburg mit Leuten zusammen gewesen zu sein, die er nicht anzugeben vermag. Er ist in den letzten Tagen in Flensburg gewesen, dort hat er seinen grauen Hut vertauscht nach Angabe eines anderen Arbeiters. Es scheint bestimmt zu sein, daß er der Mann ist, der mit den polnischen Arbeitern Karten gespielt hat. Er wurde hier ins Gefängnis gebracht, wo er sofort einen Fluchtversuch unternahm. Als dieser nicht glückte, hat er den wilden Mann gespielt, so daß er in eine Isolierzelle gebracht werden mußte. Die Staatsanwaltschaft hat eine Belohnung von 1000 Mk. auf die Ergreifung des Mörders ausgesetzt.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

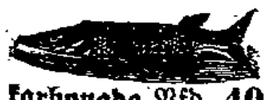
:: Komitee- und Kommissionssitzungen ::

Gewerkschaftsfest-Komitee.
5840

Sonntag morgen um 9 Uhr
Sitzung
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Zum 1. Okt. mehrere freundliche abgeschlossene (5790
2-Stuben-Wohnungen
in der Chasotstraße.
Näh. Chasotstr. 18, part., vorne.

Rosenkartoffeln
zu verkaufen, 10 Pfund 40 Pfennig.
5820) Warendorpstr. 62, III.


Nur Fleisch, keine Gräten. Feinste Fischkarbonade Pfd. 40 Pfg. (5838
Boy, Fischhandlung,
nur Markthallenstand 46.

Volksfürsorge VG.
Verwaltungsstelle Lübeck und Umgegend.
Allen Interessenten zur gefälligen Kenntnis, daß der Betrieb der Volksfürsorge eröffnet ist.
Beitritts-Erklärungen werden von den **Haus-Kassierern der Gewerkschaften,** sämtlichen **Verkaufsstellen des Konsumvereins,** sowie im **Bureau** der **Rechnungsstelle** entgegengenommen. 5833
Die **Rechnungsstelle** befindet sich: **Johannisstr. 48, part.**
Dieselbe ist geöffnet von 7½ bis 9 Uhr abends. Die Verwaltungskommission.

Konzerthaus Fünfhausen. 5828
Heute Freitag: Große Tanzmusik.

Kranken- u. Sterbekasse gewerblicher Arbeiter.
(E. H. Nr. 24).
General-Versammlung
am Montag, dem 4. August 1913
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1913.
2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.
5195) **Der Vorstand.**

Billig! Billig!
Tafelbirnen Pfund 20 u. 25 Pfg., **Bergamott** Pfd. 15 u. 20 Pfg., die bekannte Jakobsbirne b. 5 Pfd. a Pfd. 15 Pfg., b. Abn. v. 10 Pfd. sämtl. Sort. bill., Johannisb. b. 5 Pfd. a Pfd. 10 Pfg., empf. **C. Prestin,** Fleischhauerstraße 60. (5835)
Hies. frische Landeier 10 Stck. 80 Pfg.

Empfehle mich für sämtliche (5839
Neu- und Reparatur-Arbeiten.
Friedrich Rath, Schuhmacher,
Renfefeld, Schnoorstr. 5.

Lübecker Sommer-Theater
i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
Sonnabend, den 2. August:
Sudermann-Abend.
HEIMAT.
Magda — **Else Strohm-Ambronn.**
Um dem sehr verehrten Publikum immer nur Gutes zu bieten, habe ich auch diese ausgezeichnete Darstellerin meinem Künstl.-Ensemble eingereiht.
Sonntag, den 3. August:
Der größte Operettenschlager.
PUPPCHEN.
Titelrolle — **Julius Heydecker.**
5825) Anfang stets 8¼ Uhr.

POPULÄRE BAZAR-TAGE

48 PFENNIG

Der Verkauf beginnt heute

95 PFENNIG

HOLSTENHAUS

G. M. B. H. LÜBECK HOLSTENSTR.

FREITAG UND SONNABEND

Lebensmittel

bester Qualität, enorm billig!

5823

Frisches Gemüse und Früchte

Junge Erbsen	Pfd.	10 ₰
Junge große Bohnen	Pfd.	5 ₰
Perlbrechbohnen	Pfd.	15 ₰
Wachsbohnen	Pfd.	20 ₰
Schneidebohnen, hiesige	Pfd.	25 ₰
Junge Wurzeln	3 Bund	10 ₰
Junger Kohlrabi	3 Bund	25 ₰
Junger Rhabarber	3 Bund	10 ₰
Radieschen	3 Bund	10 ₰
Junger Kopfsalat	3 Kopf	10 ₰
Rotkohl	Kopf	30 ₰ 25 ₰
Zwiebeln	Pfd.	5 ₰
Salat-Gurken	Stück	15 ₰
Zitronen	10 Stück	58 ₰
Gelbe Bananen	10 Stück	58 ₰
Reife Stachelbeeren	2 Pfd.	25 ₰
Weinkirschen	2 Pfd.	35 ₰
Glaskirschen	Pfd.	20 ₰
Blaue Pflaumen	Pfd.	30 ₰
Gelbe Pflaumen (Kreken)	Pfd.	25 ₰
Feinste Tafelbirnen	Pfd.	40 ₰
Himbeeren	Pfd.	35 ₰
Tomaten	Pfd.	20 ₰
Johannisbeeren	Pfd.	10 ₰
Kochäpfel	Pfd.	25 ₰
Tafeläpfel	Pfd.	35 ₰

Frisches Fleisch

vom hiesigen Schlachthofe.

Ia. junges Rindfleisch Bratenstücke Pfd. 85 u. 90 ₰ Pfd. 75 ₰

Ia. fettes Kalbfleisch Bratenstücke Pfd. 90 ₰ Pfd. 80 ₰

Ia. junges Schweinefleisch Bratenstücke Pfd. 95 ₰ Pfd. 85 ₰

Ia. junges Hammelfleisch Bratenstücke Pfd. 95 ₰ Pfd. 85 ₰

EIN WAGGON:

Junger **Spitz-Kohl** große feste Köpfe . . . . . Kopf 7 ₰ und 5 ₰

Neue lange **Schabe-Kartoffeln** . . 10 Pfd. 38 ₰
5 Pfund 20 ₰

Kolonialwaren

Zucker, gemahlen	Pfd.	21 ₰
Kristall-Zucker	Pfd.	21 ₰
Brodenzucker	Pfd.	24 ₰
Haferflocken	Pfd.	22 ₰
Gerstenflocken ½-Pfd.-Paket		18 ₰
Reismehl	Pfd.	20 ₰
Nudeln, alle Fassons	Pfd.	38 ₰
Weizenmehl	Pfd.	17 ₰
Diamantmehl, lose	Pfd.	22 ₰
10-Pfd.-Beutel 2.10, 5-Pfd.-B. 1.10, 2-Pfd.-B. 45 ₰		
Tafelöl	Flasche	1.20 70 ₰ 40 ₰
Puddingpulver	10 Paket	45 ₰
Bienenhonig	1-Pfd.-Glas	95 ₰
Lindenblütenhonig	Pfd.	1.00

Delikatessen und Fettwaren

Speck, fett und mager	Pfd.	1.10
Ia. Landmettwurst	Pfd.	1.20
Ia. Landzervelatwurst	Pfd.	1.30
Hildesheimer Leberwurst	Pfd.	1.10
Zwiebel-Leberwurst	Pfd.	80 ₰
Thüringer Blutwurst	Pfd.	80 ₰
Braunschweiger Blutwurst	Pfd.	60 ₰
Delikatess-Sülze	Pfd.	80 ₰
Ochsenmaul-Salat	Pfd.	80 ₰
Fleischwurst, Mortadella	Pfd.	1.40
Sardellenwurst	Pfd.	1.20
Leberkäse	Pfd.	1.60
Nordsee-Krabben	Dose	50 ₰ 35 ₰
Kronen-Hummer	Dose	1.70 95 ₰
Mayonnaise	Glas	65 ₰ 45 ₰
Sardinen in Öl		85 ₰ 75 ₰ 42 ₰
Sardinen in Tomaten	Dose	50 ₰
Tafel- u. Sellerie-Salz	Streuglas	35 ₰
Cerebos-Tafelsalz	Dose	40 ₰
Allerfeinste Meiereibutter	Pfd.	1.18
Grosse frische Landeier	10 Stück	68 ₰
Holländer Rahmkäse	Pfd.	1.00
Edamer Käse	Pfd.	1.00
Schweizerkäse	Pfd.	1.00 u. 80 ₰
Camembertkäse	Stück	20 ₰ 10 ₰

HOLSTENHAUS G. m. b. H. LÜBECK

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 178. Freitag, den 1. August 1913. 20. Jahrg.

Der Krupp-Prozeß vor dem Kriegsgericht.

Vor dem Kriegsgericht der Berliner Kommandantur begann am Donnerstag der Prozeß gegen eine Anzahl Zeugoffiziere und einen Militärbeamten wegen der Dienste, die sie dem Vertreter der Firma Krupp, Max Brandt in Berlin, geleistet haben. Die Anklage lautet auf: Verrat militärischer Geheimnisse und Bestechung.

Angeklagt sind die Zeugleutnants Tilian, Giest, Schleuder, Hage, Feuerwerker Schmidt, der jetzt in den Diensten der Firma Krupp stehende ehemalige Feuerwerker Droese und der Oberintendantur-Sekretär Pfeiffer vom Kriegsministerium. — Unter den Zeugen befinden sich u. a. Zeugleutnant Helm, Rechnungsrat Becker, Rechnungsrat Ehrich, Geheimrat Hennecke, Geheimrat Werner, Geheimer Rechnungsrat Fockenbrock, Hauptmann von Ellerts, Zeughauptmann Ebeling, Hauptmann Heinrichs, Hauptmann Gronemann, Bureauvorsteher Brandt, Direktor von Dewitz, Direktor Eccius, Direktor Rausenberger, Direktor Dreger, Direktor v. Metzen, sämtlich von der Firma Krupp, ebenso Bureauvorsteher Grünewald; außerdem Fabrikant Schwarzlose aus Charlottenburg, Frau Brandt und die Friseuse Auguste Wieczorek aus Berlin.

Als Sachverständige sind eine Anzahl höherer Offiziere geladen. Krank gemeldet hat sich der als Sachverständiger geladene Landgerichtsrat Dr. Wetzel, der als Untersuchungsrichter gegen Brandt fungiert, ebenso der frühere Direktor der Firma Krupp, Herr von Metzen, der sich in Davos (Schweiz) aufhält.

Die Angeklagten werden beschuldigt, Mitteilungen über Submissionen der Militärverwaltung sowie Angebote der Privatindustrie und Abschriften aus Geheimberichten an den Zeugen Brandt, den Vertreter der Firma Krupp, gegen Geschenke und sonstige Vorteile geliefert zu haben. Sie sollen dadurch die Dienstpflicht verletzt, sich gegen das Militärstrafgesetz und gegen das Spionagegesetz vergangen haben.

Die etwa 1000 „Kornwalzen", die bei Krupp beschlagnahmt wurden, füllen zwei stattliche Bände.

Nach Verlesung der Anklageschrift durch den Verhandlungsleiter, Kriegsgerichtsrat Coerrens, nahm der Vertreter der Anklage, Kriegsgreichtsrat Dr. Welt, das Wort und erklärte: „Die Sache hat die deutsche und die ausländische Oeffentlichkeit in höchstem Maße beschäftigt und erregt. Die Oeffentlichkeit hat meines Erachtens daher einen Anspruch darauf, daß öffentlich verhandelt werde. Auch die Heeresverwaltung hat, wie ich hiermit ausdrücklich feststelle, das dringendste Interesse an vollkommen öffentlicher Verhandlung. Es sind gegen die Heeresverwaltung die schärfsten Angriffe gerichtet worden. Man hat ihr sogar von der Tribüne des Reichstages aus das Wort „Panama" entgegengeschleudert. Ich bitte deshalb dringend um vollkommen öffentliche Verhandlung. Nur dann beantrage ich, die Oeffentlichkeit auszuschließen, wenn die vitalsten Interessen der Landesverteidigung berührt werden. Dies wird dann der Fall sein, wenn die Geheimberichte, welche in dieser Affäre eine Rolle spielen, zur Verlesung gelangen. Ich bitte also nochmals, vorläufig in vollster Öffentlichkeit zu verhandeln."

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Ullrich, schloß sich dem Antrage des Anklagevertreters in vollem Umfange an, da die öffentliche Verhandlung auch im Interesse der Angeklagten liege. — Das Gericht beschloß, in öffentlicher Sitzung zu verhandeln. Sollten Interessen der Landesverteidigung in Frage kommen, so werde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden. — Zur allgemeinen Information bemerkte der Verhandlungsleiter dann folgendes: „Bis vor einigen Jahren besaß die Firma Krupp in der Waffenerzeugung und allen verwandten Zweigen eine fast unbestrittene Monopolstellung. Später traten jedoch andere Firmen, besonders die Rheinisch-Westfälischen Metallwarenfabrik, in wirksame Konkurrenz zu der Firma Krupp. Als Vertreter der Firma Krupp fungierte früher ein Herr v. Schütz in Berlin. Dieser wurde als nicht ausreichend erachtet und daher durch den als Zeugen geladenen Vertreter Brandt ersetzt. Welche Instruktionen Brandt von seiner Firma hatte und wie weit er im Einverständnis mit dieser handelte, wird vielleicht die Verhandlung ergeben. Brandt selbst war früher Zeugfeldwebel und bei der Artillerie-Prüfungskommission beschäftigt. Er hat sich also an die Angeklagten gewissermaßen als Kamerad herangemacht und ist mit ihnen in Verkehr getreten. Die Angeklagten sind bei drei militärischen Behörden beschäftigt, nämlich bei der Feldzeugmeisterei, welche die verschiedenen Feldgeräte liefert, ferner bei der Artillerie-Prüfungskommission, welcher das artilleristische Material untersteht, und bei dem Kriegsministerium, das als oberste Behörde für die beiden vorangegangenen fungiert."

Als erster Angeklagter wurde der Zeugleutnant Tilian vernommen, der von 1904 bi 1908 Zeugfeldwebel war und im Jahre 1906 den Zeugen Brandt kennen gelernt hat. Der Angeklagte gibt zu, dem Zeugen Brandt Mitteilungen über Submissionen gemacht zu haben. Er traf mit Brandt auf dessen Einladung im „Fürstenhof", im „Rheingold", in den „Winzerstuben", im „Ratskeller" und in anderen Lokalen zusammen. Brandt zahlte zumeist die Zeche, doch habe sich der Angeklagte revanchiert bei Besuchen in der Familie Brandts, indem er Blumen und Geschenke für die Kinder mitbrachte. Geldgeschenke will der Angeklagte von Brandt nicht erhalten haben, wohl habe Brandt ihm Geld geliehen; es seien aber „Darlehen aus Freundschaft" gewesen, die mit den Mitteilungen an Brandt in keinem Zusammenhange standen. — Der Angeklagte soll sich auch gegen Verfügungen der Feldzeugmeisterei vergangen haben. Wiederholt ist in diesen Verfügungen aufs strengste angeordnet worden, daß beim Verkehr mit Angestellten der Privatindustrie die größte Vorsicht zu walten habe, und daß an Privatfirmen keinerlei Auskunft gegeben werden dürfe. Der Angeklagte erwiderte, wenn derartige Verfügungen so oft erlassen werden, müsse es Verwunderung erregen, daß die Vertreter der Privatindustrie im Kriegsministerium ein- und ausgehen. Der Verhandlungsleiter wies darauf hin, daß doch im Kriegsministerium wichtige Besprechungen zwischen den Departements und den Vertretern der Privatindustrie stattfinden können.

Dann machte der Verhandlungsleiter die Mitteilung, daß bei einem anderen Angeklagten festgestellt worden sei, dieser habe an Brandt 350 Berichte geliefert. Weiter seien bei einem Handelssachverständigen der Firma Krupp, einem Herrn v. Dewitz, 700 Geheimberichte, die unter dem Namen „Kornwalzen" eingegangen sind, beschlagnahmt worden. Diese Berichte seien allerdings vor Tilians Zeiten geliefert. Aber bei dem Zeugen Brandt sei auch ein Notizbuch beschlagnahmt worden, aus welchem hervorgeht, daß auch Tilian fast wöchentlich an Brandt berichtet habe. Der Angeklagte bestritt, so oft an Brandt berichtet zu haben; er sei sich im übrigen nie bewußt gewesen, etwas Strafbares getan zu haben. Stets habe er offen mit Brandt verkehrt, und er habe das Gefühl gehabt, Krupp und der Staat seien eins. Es existieren auch eine Menge von Verfügungen vom Kriegsministerium und anderen Militärbehörden, aus denen zu entnehmen sei, daß es weiter nichts auf sich habe, wenn die Konkurrenzpreise der Firma Krupp mitgeteilt würden. Der Angeklagte will auch nicht bemerkt haben, daß Krupp mit seinen Preisen nachträglich heruntergegangen ist, es sei denn, die Feldzeugmeister habe zu Brandt gesagt: „Den Preis kriegst Du nicht".

Der zweite Angeklagte, Zeugleutnant Schleuder, ist als Nachfolger Tilians von diesem „in die Geschäfte eingeweiht" worden, und er ist dabei auch mit Brandt im „Rheingold" zusammengekommen. Brandt habe es verstanden, sich in der Rolle des alten Kameraden zu geben, der wisse, wie gering das Gehalt des Angeklagten sei. Der Angeklagte will sich das Geld, welches er von Brandt erhielt, von diesem haben aufdrängen lassen. Er will auch nie zu dem Gedanken gekommen sein, daß es gefährlich werden könnte, die Mitteilungen an Brandt zu geben.

Hierauf gelangte ein Brief der früheren Geliebten des Angeklagten Schleuder zur Verlesung, aus dem zu entnehmen ist, daß der Angeklagte viel Geld von Brandt erhalten hat.

Der dritte Angeklagte, Feldzeugleutnant Hinst, der nicht weniger als 350 beschlagnahmte „Kornwalzen" geliefert haben soll, bekundete ebenfalls, er habe Brandt für eine hohe Persönlichkeit gehalten, der er auf dessen Wunsch belanglose Sachen mitteilen konnte. Diese Mitteilungen hätte Brandt auch von anderer Stelle erfahren können, denn die Firma Krupp erfahre ja alles. Der Angeklagte gab zu, Geld von Brandt in Raten von 10, 15 und 20 Mk. erhalten zu haben. Er habe sich erst nach langem Zögern breitschlagen lassen, die Auslagen für seinen Verkehr in der Familie Brandt sich zurückerstatten lassen. Wenn er Bedenken äußerte, so seien sie von Brandt zerstört worden mit dem Hinweis, Krupp wisse mehr als die Heeresverwaltung; auch wüßten ja die Vorgesetzten, daß die Zeugfeldwebel dem Brandt Auskunft geben. — Einige „Kornwalzen" kamen dann zur Verlesung. Darin wird mitgeteilt, daß die Firma H. durch Preisdrückerei und falsche Angaben große Aufträge bekommen habe und daß sie nachher ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sei. Weiter wird die Mitteilung gemacht, eine Firma habe 20 000 Mk. Verzugsstrafe zahlen müssen. Aus der „Kornwalze" Nr. 41 geht hervor, daß es Krupp nur darauf ankomme, die Konkurrenzpläne zu erfahren, nicht aber militärische Geheimnisse. — Der Angeklagte erklärte noch, er habe nicht annehmen können, daß durch diese Mitteilungen dem Staat irgend welcher Schaden entstehen könnte, denn für die Firma Krupp gäbe es ja überhaupt keine Geheimnisse. Auch hätte ein Erlaß bestanden, wonach die Firma Krupp besonders zuvorkommend behandelt werden wollte.

Der Angeklagte Feuerwerker Schmidt ist von seinem Vorgänger Hinst dem Brandt zugeführt worden. Er habe Brandt im allgemeinen alles gesagt, was dieser wissen wollte. Jeden Montag fand sich Schmidt bei Brandt ein, und er hat von diesem etwa 80 Mk. erhalten. Der Angeklagte bestritt aber, dieses Geld für Mitteilungen angenommen zu haben.

Hierauf wurden die Angeklagten vernommen, die bei der Artillerie-Prüfungskommission tätig waren. Der Angeklagte Droese soll dem Brandt Mitteilungen aus den Büchern gemacht haben, die D. krankheitshalber mit nach Hause genommen hatte. Brandt machte sich aus den Büchern nach Belieben Abschriften.

Der Angeklagte Hoge bestritt ebenfalls, sich irgendwie schuldig gemacht zu haben; er habe auch keinerlei Vorteile von Brandt gehabt und habe es sogar abgelehnt, sich ein Glas Bier von Brandt bezahlen zu lassen. Nur einmal sei er infolge eines Unfalles seiner Mutter in eine Notlage geraten und habe sich von Brandt ein Darlehen geben lassen, da dieser ihm mitgeteilt hatte, sein Einkommen übersteige das eines Regimentskommandeurs. Die geliehenen 1000 Mk. habe er prompt wieder zurückgezahlt. Auf die Frage des Verhandlungsführers, ob er dem Brandt über die Zusammensetzung eines Geschützteiles Mitteilung gemacht habe, erwiderte der Angeklagte, er habe dabei nichts Unrechtes gefunden, da er dem Brandt nur die Richtigkeit seiner Ansicht bestätigt habe. Auf eine Anfrage des Verteidigers erklärte auch dieser Angeklagte, der Firma Krupp sei von den Militärbehörden eine Ausnahmestellung eingeräumt worden. Einer anderen Firma hätte der Angeklagte keine Auskunft gegeben. Brandt habe den Beweis geliefert, daß er von hohen Offizieren des Kriegsministeriums und des Reichsmarineamts sehr wichtige Mitteilungen erhalten hatte. Der Angeklagte habe deshalb keine Bedenken getragen, dem Brandt ebenfalls Mitteilungen zu machen, zumal er sie nicht für staatsgefährlich hielt.

In der Nachmittagssitzung wurde der letzte Angeklagte, der Indentantursekretär Pfeiffer vernommen. Dieser bekundete, Schul- und Jugendfreund des Brandt zu sein und kameradschaftlich mit ihm verkehrt zu haben. Er habe diesem einige Mitteilungen gemacht, die er für unbedenklich gehalten hat. Brandt habe nur einige Male die Zeche für ihn bezahlt. Hätte er an Brandt wichtige Mitteilungen gelangen lassen, so hätte er sich von diesem auch ein Darlehen geben lassen, das er infolge Erkrankung in seiner Familie sich von einer Darlehenskasse geben ließ. — Der Verhandlungsführer teilte mit, daß der Angeklagte dem Brandt sehr wichtige Mit-

---

Müllerliebe.

Roman von George Sand.
Deutsch von Heinrich Hesse.

45. Fortsetzung (Nachdruck verboten.)

„Aber ich . . . . ach, ich weiß nichts", antwortete Lemor schmerzvoll. „Ich bin das Kind meines Jahrhunderts. Ich habe die Wissenschaft der Zukunft nicht — nur die Vergangenheit kann ich begreifen und erklären. Ströme von Licht schossen an mir vorüber, und wie alles, was heute jung und rein ist, eilte ich jenen großen Blitzen nach, die uns von dem Irrtum abbringen, ohne uns die Wahrheit zu geben. Ich hasse das Böse . . . . ich kenne das Gute nicht. Ich leide . . . . o, ich leide, Marcella, und nur in dir finde ich das schöne Ideal, das ich auf Erden herrschen sehen möchte. O, ich liebe dich mit der ganzen Liebe, die die Menschen von sich fortstoßen, mit der ganzen Ergebenheit, die von der Gesellschaft gelähmt wird, mit der ganzen Zärtlichkeit, die ich anderen nicht mitteilen kann, mit der ganzen Nächstenliebe, die aber nur du allein begreifst und fühlst wie ich selbst, wenn alle unempfindlich sind oder Verachtung an den Tag legen . . . . Lieben wir uns daher, ohne uns zu erniedrigen, indem wir uns unter die mischen, die triumphieren, und ohne uns zu denen herabzulassen, die sich unterwerfen . . . . Lieben wir uns, wie zwei Gefährten, die Meere durchqueren, um eine neue Welt zu erobern, aber die nicht wissen, ob sie sie je erreichen werden . . . Lieben wir uns, nicht um glücklich zu sein in dem Egoismus zu zweien, wie man die Liebe nennt, aber um zusammen zu leiden . . . . um uns zusammen zu trösten . . . . um zu suchen, was wir arme im Unwetter verirrte Vöglein vereint tun können . . . . . Tag für Tag . . . . um die Geißel zu beschwören, die unser Geschlecht zerstreut, und um unter unsern Flügeln einige Flüchtlinge zu sammeln — wie wir gebrochen vor Entsetzen und Traurigkeit . . . ."

Lemor weinte wie ein Kind und drückte Marcella an sein Herz. Und hingerissen von heißer Sympathie und begeisterter Ehrfurcht, sank Marcella vor ihm auf die Knie — wie eine Tochter vor dem Vater . . . . .

„Rette mich", flehte sie, „und laß mich nicht verderben! .. Du warst hier, soeben, und hast gehört, wie ich einen Geldmann in Geldangelegenheiten befragte. Ich lasse mich überreden, gegen die Armut zu kämpfen, um meinen Sohn von der Unwissenheit und der geistigen Ohnmacht zu erretten . . . . Und wenn du mich verdammst, wenn du mir beweisest, daß mein Sohn besser und größer sein wird, indem er unter der Armut leidet — dann werde ich vielleicht den entsetzlichen Mut haben, seinen Körper leiden zu lassen, um seine Seele stark zu machen!"

„O, Marcella!" sagte Lemor, indem er sie zwang, sich wieder zu setzen, und er jetzt vor ihr niederkniete, du hast die Kraft und die Entschlossenheit der großen Heiligen und der stolzen Märtyrer vergangener Zeiten . . . . Aber ach . . . . wo ist ein Wasser für die Taufe, damit wir dein Kind hintragen? Die Kirche der Armen ist noch nicht erbaut . . . . sie leben zerstreut, zum Teil ohne jede Lehre, und folgen verschiedenen Einflüsterungen — diese resigniert aus Gewohnheit, jene götzendienerisch in ihrem Stumpfsinn, andere wild aus Rache . . . . wieder andere noch erniedrigt durch alle Laster der Ausschweifung und Sittenverwilderung. Wir können nicht den ersten besten Bettler bitten, der vorübergeht, die Hände auf deinen Sohn zu legen und ihn zu segnen. Dieser Bettler hat allzu viel gelitten, um zu lieben . . . er ist vielleicht ein Räuber! Beschützen wir deinen Sohn so lange wie nur möglich vor dem Bösen — lehren wir ihn die Liebe zum Guten und das Bedürfnis der Aufklärung. Diese Generation wird sie vielleicht finden. An ihr wird es vielleicht eines Tages sein, uns zu belhren. Behalte deinen Reichtum — wie könnte ich ihn dir vorwerfen, wenn ich sehe, daß dein Herz ganz und gar von ihm losgelöst ist und du ihn als einen Schatz betrachtest, für den der Himmel Rechenschaft von dir fordern wird . . . .? Behalte das wenige Gold, das dir noch bleibt. Der gute Müller sagte es neulich: es gibt Hände, die läutern, wie es auch solche gibt, die beschmutzen und korrumpieren."

„Lieben wir uns . . . . lieben wir uns, und hoffen wir, daß wir erleuchtet sein werden, wenn unser Tag gekommen. Und jetzt . . . . lebe wohl, Marcella. Ich sehe, du hegst den Wunsch, dieser Mut möge von mir kommen. Ich werde ihn haben. Morgen werde ich dieses süße, schöne Tal verlassen haben, wo ich trotz allem zwei so glückliche Tage verlebt . . . . In einem Jahre kehre ich zurück — magst du in einem Palast oder in einer Strohhütte sein, ich sehe wohl, daß ich mich anbetend vor deiner Tür niederwerfen und meinen Wanderstab hinlegen muß, um nie wieder nach ihm zu greifen . . . ."

Lemor entfernte sich und wenige Augenblicke später verließ auch Marcella die Hütte. Aber so große Vorsicht sie auch beobachtete, diese Flucht zu verheimlichen — an der Einfriedigung sah sie sich einem Kinde von schlechtem Aussehen gegenüber, das hinter einem Strauche hockte und auf ihr Vorbeigehen zu warten schien. Mit frecher Miene sah es sie starr an, und als sei es entzückt, sie überrascht und erkannt zu haben, entlief es in der Richtung einer Mühle, die auf der andern Seite des Weges an der Vauvre liegt. Marcella, der dieses häßliche Gesicht nicht unbekannt vorkam, erinnerte sich nach einiger Anstrengung, daß es der kleine Kutscher war, der sie vor kurzem in dem Schwarzen Tal in die Irre gefahren und in einem Sumpfe hatte sitzen lassen. Dieser fuchsrote Kopf und die grünen Augen von böser Vorbedeutung verursachten ihr einige Besorgnis, obwohl sie nicht begreifen konnte, was für ein Interesse dieser Junge daran haben konnte, ihre Schritte zu überwachen.

XXVII.

Der Müller war zu dem Tanzplatz zurückgekehrt — in der Hoffnung, Rosa dort wiederzufinden, und zwar befreit von dem, was sie verächtlich ihre Cousinenwirtschaft nannte. Doch Rosa schmollte mit ihren Eltern, mit dem Tanz — und auch ein wenig mit sich selbst. Sie empfand Gewissensbisse, nicht den Mut in sich zu fühlen, den verletzenden Späßen ihrer Familie zu trotzen.

Ihr Vater hatte sie schon am Morgen beiseite genommen.

„Rosa", hatte er ihr gesagt, „deine Mutter hat dir verboten, mit dem Ludwig aus Angibault zu tanzen. Ich aber verbiet dir, ihm diesen Schimpf anzutun. Er ist ein anständiger Mensch und gar nicht fähig, dich bloßzustellen. Und übrigens — wer könnte es sich einfallen lassen, von einer Annäherung zwischen dir und und ihm zu träumen? Das wäre zu unpassend, und heutzutage kann man nicht annehmen, daß ein Bauer es wagen würde, einem Mädchen von deinem Stande etwas vorzuschwätzen. Tanze also mit ihm. Man darf die Geringeren nicht demütigen. Früher oder später braucht man sie doch eines Tages, und man muß sie anhänglich machen, wenn es nichts kostet."

„Aber, wenn Mama mich ausschilt," fragte Rosa, glücklich über diese Erlaubnis und zugleich verletzt von dem Beweggrund, dem sie diese verdankte.

„Deine Mutter wird schon nichts sagen. Ich habe ihr schon den Kopf zurecht gesetzt", antwortete Brikolin. Und in der Tat hatte Frau Brikolin nichts gesagt. Sie hätte nicht gewagt, ihrem Herrn und Gebieter ungehorsam zu sein, der ihr erlaubte, andere schlecht zu behandeln, wenn sie sich nur vor ihm beugte. Aber da er die Gelegenheit nicht für günstig hielt, sie von seinen Absichten zu unterrichten, und da sie den Wert nicht ahnte, den er darauf legte, sich in der diplomatischen Aegelegenheit der Erwerbung des Gutes Blanchemont die Bundesfreundschaft des Müllers zu erhalten, war sie seinen Befehlen nicht nachgekommen, und ihre spöttische Herablassung war für Ludwig ärgerlicher als ein offener Krieg.

(Fortsetzung folgt.)

teilungen aus dem Kriegsministerium gemacht habe, über die in nicht öffentlicher Sitzung verhandelt werde.

Ein Sachverständiger teilte mit, er habe festgestellt, daß mehrfach Verfügungen erlassen worden sind, wonach den militärischen Beamten strengstes Schweigen bezüglich der Kriegslieferungen zur Pflicht gemacht worden sei. Er habe ferner festgestellt, daß die Firma Krupp keinerlei bevorzugte Stellung bei den Behörden innegehabt habe. — Hierauf wurde bei der weiteren Vernehmung der Angeklagten die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Freitag vormittag 9½ Uhr wird die Verhandlung voraussichtlich in öffentlicher Sitzung fortgesetzt.

Bericht des Parteivorstandes

an den Parteitag zu Jena 1913.

I.

Allgemeines.

Seit einer Reihe von Jahren wird Deutschland nahezu regelmäßig im Spätsommer oder Herbst von einem Aufstieg der Preise für Lebensmittel, besonders für Fleisch, heimgesucht, der — ganz abgesehen von der tief einschneidenden volkswirtschaftlichen Bedeutung der Frage — die schwersten Gefahren für die Volksgesundheit mit sich bringen muß. Im Vorjahre war die Preissteigerung höher als je zuvor. Es war selbstverständlich, daß der Chemnitzer Parteitag sofort Stellung zu dieser Tatsache nahm. Es geschah das in sehr eindrucksvoller Weise. Von einer Diskussion des Referats über die Teuerung wurde abgesehen, die in Vorschlag gebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen. In dieser Resolution wurden nicht nur die offen zutage liegenden Ursachen der Lebensmittelteuerung angeführt, sondern auch bestimmte Abhilfsmaßnahmen verlangt und die sofortige Einberufung des Reichstages gefordert, damit gesetzgeberisch eingegriffen werden könne. Der Parteitag forderte schließlich die arbeitende Klasse auf, den Kampf gegen das herrschende Ausplünderungssystem mit aller Wucht fortzuführen.

So begann das Berichtsjahr, wie das vorausgegangene geendet hatte: eine wuchtige Bewegung gegen die herrschende Agrarpolitik durchflutete das ganze Reich. Die Bewegung gestaltete sich so machtvoll, daß die Verbündeten Regierungen nicht umhin konnten, kleine Konzessionen zu machen. Es wurden bestimmte Erleichterungen für die Einfuhr von Fleisch und Vieh provisorisch eingeräumt, die später auch vom Reichstag sanktioniert worden sind.

Mitten in diese große Volksbewegung hinein traf die Nachricht vom Ausbruch des Balkankrieges, der sich sofort zu einer großen europäischen Gefahr auswuchs und den Ausbruch eines Weltkrieges in greifbare Nähe rückte. Selbstverständlich erhob das klassenbewußte Proletariat alsbald seine Stimme gegen den Krieg. Zahlreiche Flugschriften, in denen die Ursachen des Krieges bloßgelegt und die Reichsregierung aufgefordert wurde, alles zu tun, was zu tun ihr möglich sei, um den Krieg auf seinen Herd zu beschränken, wurden im ganzen Reich in vielen Millionen Exemplaren verbreitet. Bis in die kleinsten Dörfer hinein wurden Versammlungen abgehalten, um die Bevölkerung zum Protest gegen die Kriegshetze und den Militarismus aufzurufen. In den großen Städten kam es zu machtvollen Kundgebungen für den Völkerfrieden. Da Österreich, Italien, Frankreich und England in gleicher oder doch nahezu gleicher Weise bedroht waren, wie Deutschland, wurden in den westeuropäischen Hauptstädten große Demonstrationen mit internationalem Redneraustausch veranstaltet.

Den Höhepunkt der Bekundung proletarischer Solidarität stellte der internationale Kongreß in Basel dar, der am 24. und 25. November abgehalten wurde. Der Eindruck, den dieser Kongreß auf die öffentliche Meinung gemacht hat, war ein so großer, daß die bürgerliche Presse geradezu sprachlos war. Sie begnügte sich, von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, mit kleinen Notizen, die aber über den Verlauf der Tagung so gut wie nichts berichteten. Dieses Verhalten wird begreiflich, wenn man sich vergegenwärtigt, unter welchen ungewöhnlichen Umständen der Kongreß getagt hat. Die Teilnehmer des Kongresses wurden nach einem Demonstrationszug, der von einem Kasernenhofe aus sich in Bewegung gesetzt hatte, durch den schweizerischen Regierungspräsidenten Blocher im Baseler Münster begrüßt! Es ist durchaus verständlich, daß ob dieser unerhörten Tatsachen die gutgesinnten Philister aus aller Fassung gerieten. Auch auf die Parteigenossen hat das Eindruck gemacht. Aber was den meisten unserer Gegner als die Hauptsache an dem Kongreß erschienen ist, war doch für das Proletariat das minder wichtige. Für die klassenbewußte Arbeiterschaft liegt die Bedeutung des Baseler Kongresses in der erneut dokumentierten unerschütterlich feststehenden Solidarität des Proletariats der gesamten Kulturwelt.

„Droht der Ausbruch des Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

So heißt es, wie schon in Stuttgart und Kopenhagen, auch wieder an der Spitze des Baseler Manifests der Internationale. Daß es dem Proletariat und seinen berufenen Vertretern ernst ist mit solchen Beschlüssen, das haben die weiteren Kundgebungen des Volkes und die Verhandlungen in den Parlamenten klar bewiesen. —

Den Imperialisten waren die Vorgänge auf dem Balkan willkommener Vorwand zu weiteren Rüstungstreibereien. Unter dem unwahrhaftigen Hinweis auf die „Machtverschiebung" auf dem Balkan brachte die Reichsregierung denn auch im Reichstage eine Militärvorlage ein, die alles übertraf, was selbst militärbegeisterte Kreise für möglich gehalten hatten. Im parlamentarischen Bericht der Reichstagsfraktion ist näher geschildert worden, was die ungeheuerlichen Forderungen zu bedeuten haben und was für Kämpfe im Reichstag seitens unserer Fraktion wider sie geführt worden sind. Die Bekanntgabe der Vorlage wirkte auf das Volk zunächst geradezu aufpeitschend — die Militaristen aber jubelten! Bald änderte sich jedoch das Bild ein wenig. Nachdem bekannt geworden war, daß die Regierung die besitzenden Klassen durch Besitzsteuern zu den Kosten heranziehen wollte, ließ der Jubel der „Patrioten" erheblich nach. Angesichts der immer mächtiger anschwellenden Zahl des sozialdemokratischen Millionenheeres hatte es die Regierung nicht gewagt, abermals mit neuen Steuern auf Lebensmittel und unentbehrliche Gebrauchsgegenstände zu kommen. Diese und die weitere Tatsache, daß die Annahme der Militärvorlage absolut sicher sind, nachdem alle bürgerlichen Parteien sich dafür ausgesprochen hatten, ließen leider die Protestbewegung ein wenig abflauen.

Wer dem Internationalen Sozialistenkongreß in Basel die besondere Aufgabe zugesellen, zum Balkankriege Stellung zu nehmen, so sollte eine von schweizerischen Volksvertretern der verschiedensten Parteirichtungen zu Pfingsten 1913 nach Bern einberufene „Verständigungskonferenz", zu der die Parlamentarier aller Parteien aus Deutschland und Frankreich eingeladen waren, der Förderung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland dienen. Direkter Anlaß zur Einberufung dieser Konferenz waren die neuen Militärvorlagen in Frankreich und Deutschland. Es nahmen an der Konferenz 156 französische und deutsche Abgeordnete teil; während aber aus Frankreich auch 83 bürgerliche Parlamentarier, darunter verschiedene ehemalige Minister erschienen waren, hatten sich aus Deutschland nur 6 bürgerliche Abgeordnete eingefunden. Davon waren 4 Volksparteiler und 2 Elsässer. Die geringfügige Anzahl Bürgerlicher aus Deutschland war kennzeichnend für den Liberalismus, der bis auf einen kleinen Rest dem Imperialismus vollständig verfallen ist. Das Ergebnis der Konferenz darf man nicht überschätzen, man darf es aber auch nicht unterschätzen. Das Bekenntnis einer so großen gemischten Parlamentarierschar zur unbedingten Friedensliebe, sowie die unbedingte Anerkennung des Prinzips der Schiedsgerichte, wie sie in unserem sozialdemokratischen Programm gefordert werden, sind immerhin erfreuliche Tatsachen. Es wurde eine permanente deutsch-französische Verständigungskommission eingesetzt, der neben Jaurès-Paris und Haase-Berlin, auch die beiden Vorsitzenden der „Schiedsgerichtsgruppen" der französischen Kammern, aus Deutschland außerdem die Volksparteiler Konrad Haußmann und der Elsässer Dr. Ricklin angehören. In der einstimmig angenommenen Resolution hieß es unter anderem:

„Die erste Konferenz der deutschen und französischen Parlamentarier, versammelt zu Bern am 11. Mai 1913, wendet sich mit aller Entschlossenheit gegen die verwerflichen chauvinistischen Hetzereien jeder Art und gegen die sträflichen Treibereien, die auf beiden Seiten der Grenze den gesunden Sinn und die Liebe der Bevölkerung zum Vaterlande irrezuführen drohen.

Sie weiß und verkündet, daß die beiden Völker in ihrer ungeheuren Mehrheit den Frieden wollen, diese oberste Bedingung jeden Fortschrittes . . .

Sie lädt ihre Mitglieder ein, mit aller Kraft auf die Regierungen der Großmächte zu wirken, daß sie eine Beschränkung der Ausgaben für Heer und Flotte herbeiführen. Die Konferenz tritt warm ein für den von dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten Bryan in der Schiedsgerichtsfrage gemachten Vorschlag. Sie fordern demgemäß, daß Konflikte, die zwischen den beiden Staaten entstehen könnten und die auf diplomatischem Wege nicht zu schlichten sein sollten, dem Haager Schiedsgerichte unterbreitet werden . . . .

Sie ist überzeugt, daß eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich die Verständigung zwischen den großen Mächtegruppen erleichtern und damit die Grundlage für einen dauernden Frieden schaffen werde . . .

Die deutsche und französische sozialdemokratische Parlamentsfraktion, sowie die Parteivorstände der deutschen und französischen Sozialdemokratie hatten vor Eintritt in die Tagesordnung eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der die prinzipielle Stellung des klassenbewußten internationalen Proletariats zum Krieg und zum Militarismus präzisiert und zum Schlusse gesagt wurde:

„. . . Die französische und die deutsche Sozialdemokratie begrüßt deshalb aufs wärmste den Zusammentritt der Konferenz zu Bern und spricht den Wunsch aus, daß durch sie, auch über die Kreise der Arbeiter hinaus die Einsicht in die Zusammengehörigkeit der beiden großen Kulturvölker zum Wohle der Menschheit gefördert werde."

Die vollkommene Einmütigkeit des klassenbewußten Proletariats Deutschlands und Frankreichs in der Bekämpfung des Militarismus war übrigens eindrucksvoll dokumentiert worden durch ein von den sozialdemokratischen Fraktionen der französischen Deputiertenkammer und des Reichstages gemeinsam unterzeichnetes Manifest gegen den Rüstungswahnsinn. Das Manifest wurde in beiden Ländern in deutscher und französischer Sprache gedruckt und am 1. März 1913 verbreitet. —

In den Kreisen der deutschen „Patrioten" hatte man der Hoffnung gelebt, durch immer neue, mit viel Lärm im ganzen Reiche inszenierte Jahrhundertfeiern das Volk in einen großen nationalen Rausch versetzen zu können. Es ist ganz anders gekommen. Und die Art und Weise, wie das 25jährige Regierungsjubiläum Wilhelms II. offiziell in Szene gesetzt wurde, wirkte ernüchternd auf viele, die noch bei irgendeiner der Jahrhundertfeiern in „nationaler" Stimmung mitgemacht hatten. Als Gegenstück zu der mehr als dürftigen Amnestie gelegentlich des Regierungsjubiläums wirkte die neue Ehrung des Herrn Krupp v. Bohlen-Halbach, des Chefs der Firma, gegen die im Reichstag so schwere Anklagen erhoben worden sind, in weitesten Kreisen geradezu verblüffend. Unsere Gegner treiben uns fleißig Wasser auf unsere Mühlen. —

Gegen den Schluß des Berichtsjahres zogen unsere preußischen Genossen erneut in den Wahlkampf. Darüber wird an anderer Stelle berichtet. An Arbeit hat es der Partei im verflossenen Jahre nicht gefehlt und man kann wohl sagen, daß es ein Jahr des Kampfes gewesen ist, vorzugsweise freilich ein Jahr des Abwehrkampfes. An die aktiven Parteigenossen sind außerordentlich hohe Anforderungen gestellt worden. Wenn trotzdem die Organisationen nicht den Fortschritt gemacht haben, den alle Parteigenossen wünschen, so muß versucht werden, die Ursachen dieser Erscheinungen festzustellen. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir den größten Teil dieser Ursachen auf die wirtschaftliche Lage, die sich schon wieder erheblich verschlechtert hat, zurückzuführen. Weiter aber sollten die Genossen überall festzustellen suchen, ob in den öffentlichen Versammlungen die Aufnahme neuer Mitglieder in unsere Organisation wirklich immer zweckentsprechend vorbereitet war. Wir wissen aus Erfahrung, daß auf diesem Gebiete nicht immer geschieht, was unter allen Umständen geschehen müßte. Dann ist aber auch die Frage aufzuwerfen, ob unsere Parteipresse ihre propagandistische Aufgabe nicht vernachlässigt hat. Unsere Presse wendet sich ersichtlich immer mehr fast ausschließlich an den organisierten und geschulten Parteigenossen, bei dem sie vieles voraussetzen darf, was dem Indifferenten, der erst aufmerksam gemacht, zum Nachdenken veranlaßt und für uns gewonnen werden soll, zumeist vollkommen unbekannt ist. Hier handelt es sich um ein Problem, das ernsthaft erörtert werden muß.

Unsere Presse soll nicht nur den bereits klassenbewußten Arbeiter unterrichten über das, was in der Welt vorgeht, soll nicht nur ihm Belehrung und Anregung bieten, sie soll auch die uns noch Fernstehenden gewinnen.

Das neue Jahr stellt uns vor neue und voraussichtlich schwere Aufgaben, es wird Arbeit in Hülle und Fülle bringen. Möge jeder Parteigenosse seine Pflicht tun.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftsbewegung.

Vertagung des Lohnkampfes der städtischen Hafenarbeiter in Stettin. Als Antwort auf die Beschlüsse der städtischen Hafenarbeiter hat der Magistrat in einer Sitzung vom 30. Juli beschlossen: „1. Der Magistrat wird in der Stadtverordnetenversammlung dafür eintreten, daß den Wünschen der Arbeiter in folgenden Punkten entgegengekommen wird: a) Der Taglohn der nicht ständigen Arbeiter für den neunstündigen Arbeitstag wird auf 3,60 Mk. erhöht; b) der Überstundenlohn wird auf 120 Proz. des Stundenlohnes erhöht. 2. Der Magistrat ist auch bereit, an Stelle eines solchen Entgegenkommens eine ihm in den Kosten gleichkommende Lohnerhöhung allgemeiner Art zu befürworten, falls diese in höherem Maße den Wünschen der Arbeiter entspricht. 3. Der Magistrat wird dafür eintreten, daß die zu bewilligenden Aufbesserungen in ihrer Wirkung auf den 1. August zurückbezogen werden. 4. Über die Zugeständnisse hinauszugehen, sieht sich der Magistrat gegenwärtig vor Anhörung der im September einzuberufenden gemischten Kommission nicht in der Lage." Am Abend des gleichen Tages nahmen die Arbeiter zu diesem Angebot Stellung. Verbandsleitung und Vertrauensleute empfahlen die Annahme, jedoch energischeres Eintreten für die übrigen Forderungen beim Zusammentreten der städtischen Körperschaft. Hierauf entspann sich in der Versammlung eine äußerst lebhafte Debatte. Nach längeren Auseinandersetzungen wurde aber doch in geheimer Abstimmung die eventuelle Durchführung des Streiks bis Anfang September vertagt. Ist von diesem vorläufigen Ausgang der Bewegung ein Teil der städtischen Hafenarbeiter nicht zufriedengestellt, so war doch diese Regelung für die Jetztzeit im Interesse aller Beteiligten geboten.

Aus Nah und Fern.

Schiffsuntergang. Der Panzerkreuzer „King Alfred" stieß auf hoher See bei Kap Spurnhead mit dem spanischen Dampfer „Umba" zusammen. Die „Umba" sank äußerst rasch. Die Besatzung wurde durch den „King Alfred" gerettet. Taucher untersuchen den Panzerkreuzer.

Gegen Tolstoi. Gerichtlich wurde angeordnet, die Gesamtausgabe der Broschüre Tolstois „Ob denn solches nötig?" zu vernichten.

Eisenbahnunglück. Donnerstag vormittag ist ein Güterzug der Grand Trunk-Eisenbahn auf der Hochebene von Ontario (Kanada) auf eine im Geleise befindliche Viehherde gefahren und entgleist. Fünf Passagiere wurden getötet.

Ein Mannheimer Kassenräuber in Luxemburg erschossen. In Esch an der Alzette in Luxemburg ist Donnerstag einer der drei Kassenräuber, die vor einigen Tagen die Kasse der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen am Rhein plünderten, von einem Polizisten erschossen worden. Der Polizei in Esch war die Anwesenheit des Verbrechers signalisiert worden. Zwei Polizeibeamte entdeckten ihn, als er gerade in ein Konfektionsgeschäft eintrat. Sie folgten ihm in das Geschäft, um ihn zu verhaften. Einer der Schutzleute wollte ihn fesseln. Es entspann sich ein Kampf zwischen dem Verbrecher und den Polizisten. Hierbei stürzten der eine Schutzmann und der Kassenräuber zu Boden, es gelang aber dem Verbrecher, seinen Revolver zu ziehen und einen Schuß auf den zweiten Schutzmann abzugeben, den er am Knie verletzte. Jetzt zog der erste Polizist, der unterdessen wieder aufgesprungen war, seinen Dienstrevolver und tötete den Räuber durch einen Schuß in den Rücken. Man fand bei dem Toten 1600 M von dem geraubten Gelde.

Schwerer Automobilunfall Helene Odilons. Die bekannte frühere Schauspielerin Helene Odilon ist Donnerstag von einem schweren Automobilunfall betroffen worden. Sie machte mit ihrem Gatten Dr. v. Radvan und einem Bekannten, einem Mediziner, eine Fahrt von Cilli nach Laibach. In der Nähe von Lehndorf wollte Dr. v. Radvan einem Radfahrer rechts vorbeifahren, der aber gleichfalls soweit nach rechts fuhr, daß der Wagen dem Straßengraben zu nahe kam und in den Graben stürzte. Hierbei überschlug sich das Auto und wurde fast ganz zertrümmert. Während v. Radvan und der Mediziner nur leicht verwundet wurden, erlitt Frau Odilon bei dem Sturz schwere innere Verletzungen. Nachdem sie das Bewußtsein wiedererlangt hatte, wurde sie nach Cilli in ein Hotel transportiert.

Unglück bei einer Militärübung. Bei den großen Manövern am Ticino (Italien) lösten sich die Mittelglieder einer Schiffsbrücke als gerade eine Schwadron hinüberritt. 25 Mann stürzten ins Wasser, von denen zwei ertranken.

Bluthochzeit. Auf einer Hochzeit in Büdenholz bei Siegen in Westfalen ist in der Nacht zum Donnerstag infolge von Streitigkeiten ein Bursche ins Herz geschossen worden; er war sofort tot. Ein anderer ist lebensgefährlich verletzt worden. Die beiden Täter sind verhaftet worden.

Schweres Unglück bei einem Motorradrennen. In Cincinnati stieß während eines Motorradrennens ein Mitfahrender, namens Johnson, an den Träger einer elektrischen Lampe. Der Benzinbehälter seines Fahrzeuges explodierte. Johnson und eine zweite Person verbrannten. Sechs Personen wurden tötlich und elf schwer verletzt.

Große Hitze in Amerika. Über die westlichen und Zentralstaaten zog nach Osten hin eine Hitzwelle. In Chicago kamen 20 Todesfälle vor infolge Hitzschlages, in Cleveland 12 und in Neuyork 4.

Drei Kinder einer Familie ertrunken. In Trier ist die Familie eines Schneiders von schwerem Unglück heimgesucht worden. Dort sind die drei Töchter des Schneiders Zink im Alter von zwei, acht und neun Jahren beim Baden in der Mosel ertrunken. Die älteste Tochter versank in den Fluten, als sie die ertrinkenden Schwestern retten wollte.

Todessturz auf der Zugspitze. An einer steilen Stelle der Zugspitze stürzte Donnerstag eine Frau ab, und war sofort tot. Die Leiche konnte von Bergführern geborgen werden. Nach den Eintragungen im Fremdenbuch der Knorrhütte wurde die Tote als die Pfarrersköchin Elise Hüpen aus München festgestellt. Sie hatte trotz mehrfacher Warnung den Aufstieg allein unternommen.

Ein neuer deutscher Höhenrekord. Einen neuen deutschen Höhenrekord stellte gestern auf dem Flugplatz Essen-Rotthausen bei herrlichstem Wetter der Flieger Linnkogel auf. Er erhob sich mit seiner Rumplertaube bis zu einer Höhe von 4200 Metern, womit er den bisherigen deutschen Rekord um ca. 1000 Meter schlug.

Explosion in der Deutzer Gasmotorenfabrik. In der Versuchsabteilung der Gasmotorenfabrik Deutz ist gestern vormittag eine Explosion erfolgt. Ein Ingenieur ist den erlittenen Verletzungen bereits erlegen. Ein Arbeiter ist schwer verletzt.

Einsturz eines Kirchenneubaues. In Dolar bei Fredeburg (Westfalen) stürzte beim Neubau einer katholischen Kirche ein Gewölbebogen ein. Vier Arbeiter stürzten ab, zwei von ihnen blieben sofort tot, die beiden anderen wurden schwer verletzt.

Drucksachen jeder Art für **Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"**

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Henkel's Bleich-Soda

Das beste zum Einweichen der Wäsche sowie zum Putzen, Scheuern und Spülen.
Altbewährt und unerreicht!
HENKEL & Co., Düsseldorf.

5817

Inventur-Ausverkauf.

In allen Abteilungen kommen große Posten Waren

außergewöhnlich billig zum Verkauf.

Schwaner & Heeschen

Königstraße 69-71-73.

5827

Lübecks größtes Spezial-Geschäft für Teppiche, Gardinen, Möbelstoffe usw.

Weiereibutter
Pfund 120 ₰
Weißes Schmalz
Pfund 77 ₰
Margarine
Pfund 60, 70 und 75 ₰
Schweizerkäse
Pfund 88 ₰
Holländer Käse
Pfund 88 ₰
Tilsiter Käse I.
Pfund nur 80 ₰
Schnittig. Fettkäse
Pfund 60 ₰
Pikanter Käse
Pfund 65 ₰
Guter Käse
Pfund 40 ₰
Schinken in Stücken
Pfund 1.35 ℳ
9 Eier 60 Pfg.
Eduard Speck
5831) Hüxstraße 80/82.

Neue Sommerfang-Heringe
2 Stück 15 Pfg., 10 Stück 60 Pfg.
Neue Matjes-Heringe
2 Stück 15 Pfg. (5830
Eduard Speck,
Hüxstr. 80 u. 82.

Empfehle
sämtl. Fleisch-, Wurst- und Aufschnittwaren
in prima Qualität.
Gustav Wietzke,
Mühlenstraße 81. (5216

Kopffleisch
Leberwurst
Knackwurst (5818
Heinr. Viereck, Hüxstraße 96.

Dicke Flomen

Dicke Rippen	80 ₰
Schweinefleisch zum Braten	85 ₰
gek. Mettw. u. Leberwurst	90 ₰
weiß. Schmalz b. Abn. v. 2 Pfd.	80 ₰
fetter u. magerer Speck bei Abnahme von 4 Pfd.	95 ₰
fettes Kalbfleisch	90 ₰
ger. Schweinebacken o. Knoch.	90 ₰
ger. Schulterschinken	110 ₰
Ruheuter, Spezialität seit über 30 Jahren	65 ₰

5822)
Karl Lahrtz, vorm. M. Lahrtz, Böttcherst. 14-16.

Fortsetzung des Praktischen Wegweisers.

Tapeten, Teppich.
Schwaner & Heeschen
Königstraße 69
Möbelstoffe : : : : : : : : Gardinen
Fritz Rehm
Beckergrube 20.

Theater
Besucht das
Varieté International
Untertrave 63

Thüringer Wurstfabrik
Ihre Fabrikate empfiehlt angelegentlichst die
Thüringer Wurst- und Fleisch-Konserven-Fabrik
August Scheere, Lübeck
Beim Retteich 14
Auf sämtl. Waren 4% Rabatt

Treibriemen u. Sattlerwaren
H. Köppke & Eggers
Lager v. Fahr- u. Reitgeschirr
Reise-Utensilien, Schulmapp.
Taschen, Portemonnaies etc.
Hüxstraße 29.

Waschanstalten
Waschanstalt
Schneeweiß
Dankwartsgrube 13
Lübecker Fein- u. Hauswäscherei
L. Redlien, Schützenstraße 43a.

Wurst u. Aufschn.
Emil Aland
Wilhelm Schmidt Nachf.
Mengstraße 2
Wurst • • Aufschnitt
bei billigsten Tagespreisen.

Uhren- und Goldwaren
L. Behnfeldt, Uhrm.
Uhren-Rep.-Werkstatt
Paffenstraße 4.
A. Matern
Beergrube 26 Uhrmacher. Schweizer Uhren.
Ludwig Zander
Goldschmied • • • Mariesgrube 3
C. Herbst Uhrenhandlung, Repar.-Werkst. Glockeng. St. 67.
G. Richter Uhren und Goldwaren Wakenitzmauer 64.

Eutin
Deutsches Haus
Kielerstr. 7
hält sich Vereinen u. Touristen bestens empfohlen.
Paul Schröder.
Adler-Drogerie Inh. N. Wohlert Plönerstr. 28.
Drogen, Farben, Photo-Artikel.
Artikel z. Kinder- u. Krankenpflege.
Ludw. Grandt
Tischlerei und Möbelmagazin
Schuhwarenhaus R. Bendt
beste Bezugsquelle in Arbeiterschuhen sow. auch bess. Schuhwar.

Schlutup
Otto Liebenow
Uhren, Goldwaren, Musikwerke
- Eigene Reparaturwerkstätte. -
W. Richter
Uhren u. Goldwaren
nebst eigener Reparaturwerkstatt
Gasthofz. Post H. Vetter Empfehlenswr. Lokal.
Hugo Krogmann Photographisches Atelier.
Ad. Saborowski Verkehrslokal d. Gewerkschaft.

Mölln
Brauerei zum Eulenspiegel
Gebr. Waechter.
Otto Greve
Gastwirtschaft und Destillation.
Wilh. Lübcke
Restaurant Lübecker Hof
Klub- und Ballokal. Kegelbahn.
H. Bruns Tabak, Zigarren, Zigaretten, Bahnhofstr. 13
Rud. Hübener, Uhren u. Goldwar.
Ludw. Kuhn, Herr.- u. Damenh. Mützen, Pelzwar.
Chr. Voss & Sohn, Schuhwaren u. Repar.-Wkst.

Schwartau
Herm. G. Schmidt
Markt 18
Uhren, Goldwaren u. Reparaturen.
Adler-Drogerie Inh. Hans Grampp
Farben, Lacke, Kräftigungsmittel.
Alb. Gleiß Schlachterei ff. Fleisch- u. Wurstwar.
A. Klünder Schuhwarenhaus Markt 17.
Rob. Pinkert Verkehrslokal der freien Gewerkschaft.
Schwart. Butterhaus C. Lorenz Lübeckerst. 7
L. Schaap
Manufakturwaren und Konfektion
Aussteuerartikel, Nähmaschinen.
Aug. Hartkopf Lübeckerstr. 16 Kohlen, Koks, Brik.
Wilh. Reimers Schlächter., Wurstmacherei m. Kraftb.

Stockelsdorf-Fackenburg
C. Freese Fahrräder, Nähmaschin. und Reparaturwerkst.
R. Sperling Binderei, Topfpflanzen etc.
N. Junk Schuhwaren und Reparatur-Werkstatt.
M. Voß Kurz-, Weiß-, Wollwaren, Arbeitsgarderoben.
G. Wackenhut, Sargmagazin.

Ausverkauft
werden zu enorm billigen Preisen: (5829

Damen-Blusen
70, 90, 120, 160, 190, 220 ₰
Wert das Doppelte.
Knaben-Blusen
50, 75, 95, 120, 150, 180 b. 370 ₰
Kinder-Kleider
75, 95, 120, 160, 200 bis 270 ₰
Strohhüte Stück 10 und 20 ₰
Mützen Stück 50, 60, 80 ₰
Strümpfe u. Socken
Paar 15, 20, 30, 40, 50, 60 ₰
Ein Posten
grobfädiges Hemdentuch
Meter 39 ₰
Norm.-Hemden u. -Hosen
95, 120, 150, 180, 200 bis 360 ₰
Handtücher
Dutzend 300, 360, 400, 480 bis 600 ₰
Bettlaken
Stück 170, 200, 225, 280, 330 ₰
Bettbezüge
230, 280, 320, 360 bis 450 ₰
Reform-Dam.-Schürzen
Stück 100 ₰ Wert ca. 180 ₰
Fertige Betten
19.—, 23.—, 27.— 32.—, 37.50 ℳ.
Besond. preiswert ausgelegt:
Somm.-Hosen u. -Joppen
180, 220, 260, 290 ₰
Knaben-Anzüge
180, 220, 270, 320 bis 900 ₰
Herren-Anzüge
10.50, 13.—, 15.50, 19.—, 23.—, 28.— bis 39.— ℳ.
Ein Posten Reste
für Kleider, Schürzen, Bettbezüge
20-50% im Preise ermäßigt
Trotzdem rote Lubeca-Marken.
Bahr & Umlandt
Breite Straße 29-31.

Kartoffeln
10 Pfd. 30 u. 40 Pfg. (5826
W. Mehnert, Gr. Burgstr. 15

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und reell bei
Markt 4. **Otto Albers** Kohlmarkt 10.
z. B. kompl. Betten v. 12.50 Lrk. an, Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
62) Rote Lubeca-Marken.

Die Arbeitsgarderoben
von
Bahr & Umlandt
— Breite Straße 31 —
sind anerkannt preisw. u. haltbar.

Zwirnhosen	1.40	bis 3.50
Pilothosen	2.50	bis 5.50
Maurerhosen	2.90	bis 7.50
Gen. Cordhosen	4.00	bis 9.50
Schlosseranzüge	2.80	bis 5.00

Klapp- u. Bauchhosen in allen Qualitäten.
Trotz der billigen Preise
60) rote Lubecamarken.

Molkerei Rensefeld
Inh.: Paul Rickert
4425) empfiehlt
gereinigte Vollmilch und Butter
— in ff. Qualität —
Magerkäse p. Pfd. 25 ₰

Kerstens neueste Glückserfolge!

Bei der kürzlich stattgefundenen Ziehung der Wohlfahrts-(Kolonial-) Geld-Lotterie fielen nachstehende größere Geldgewinne auf die daneben stehenden Nummern in meine vom Glück begünstigte Kollekte:

1000 Mark auf Nr. 117537
100 Mark auf Nr. 134434
50 Mark auf Nr. 110210
50 Mark auf Nr. 115521

und viele andere kleinere Geldgewinne.

Bieten Sie dem Glücke die Hand
in der großen

Lungenheilstätten-Geld-Lotterie

zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Ziehung bestimmt am 9. August

Sämtliche Gewinne bares Geld ohne Abzug.

Insgesamt kommen zur Verlosung: **125000 Mk.**

1mal	60000	=	60000 Mark
1mal	20000	=	20000 Mark
1mal	10000	=	10000 Mark
3mal	1000	=	3000 Mark
6mal	500	=	3000 Mark
30mal	100	=	3000 Mark
60mal	50	=	3000 Mark
150mal	20	=	3000 Mark
550mal	10	=	5500 Mark
2900mal	5	=	14500 Mark

Lose a 3.30 Mk. { nach auswärts für Porto u. Liste 30 Pfg., Nachnahme 50 Pfg. extra

empfiehlt und versendet, auch unter **Nachnahme**, die Glückskollekte

Hermann Kersten

Obere Hägestraße 8. **Lübeck.** Fernsprecher 1009.
2. Lotterie-Geschäft: **Wandsbek**, Hamburger Str. 33.
Fernspr.: Gruppe 8, Nr. 4734. (5836

Mein diesjähriger

Saison-Ausverkauf

beginnt am **Sonnabend, d. 2. August.**

Sämtliche Artikel meines großen Lagers sind im Preise ganz bedeutend herabgesetzt, teils bis **zur Hälfte** des früheren regulären Preises.

Ein großer Posten

Herren-, Knaben- und Jünglings-Anzüge

in allen Farben und modernen Ausführungen zu jedem annehmbaren Preise!!!

Herren-Schnürstiefel Rindbox . . . . Paar **5.95 M.**
Herren-Schnürstiefel Rindbox Chevr. Lackk. Paar **6.85 M.**
Damen-Schnürstiefel Chroml. Lackk. . Paar **4.95 M.**
Damen-Derby-Halbschuhe Schnür- und Knopf-Schuhe, Lackk. . . . Paar **4.95 M.**
Damen-Schnürstiefel echt Boxkalf, Lackk. Paar **7.50 M.**
Sandalen, schwarz und braun

21-24	25-26	27-30	31-35	36-42
1.65	1.95	2.25	2.65	3.25

Alle farbigen Damen-, Herren- und Kinder-Stiefel
zu jedem annehmbaren Preise.

Beachten Sie meine Schaufenster.

August Lütjohann,

Johannisstrasse 1. 5824

Sonnabend und Sonntag geben wir auf jedes Pfund echt holst. vegt. Margarine **Eigelbpflanzenbutter** Marke H. B. Pfund 90 Pfg.

3 gefüllte Berliner u. 3 Schnecken

Garantiert 1. Sorte Molkerei-Grasbutter, Pfd. 1.20 M.

Prima geräucherte Landmettwurst, Pfund **1.20 M.**

Holsteinisches Butterhaus C. Heier, Pörke, Komm.-Ges. **Königstr. 48a.** (5884)

Unser diesjähriger

Saison-Ausverkauf

beginnt

Sonnabend, 2. August.

Angebote in allen Abteilungen **weit unter Wert!**

Besichtigen Sie unsere Schaufenster!

Herren-Anzüge 25⁵⁰ 18⁵⁰ 14⁵⁰ **10⁵⁰**

Knab.-Anzüge Chev., Kammgarn, Waschst. Gr. 1-6 6²⁵ 5⁷⁵ 3²⁰ 2⁴⁵ **1²⁰**

Herren- u. Knaben- **Strohhüte** soweit Vorrat reicht 2¹⁰ 1⁴⁵ 85 ₰ **78 ₰**

Hemden u. Unterhosen Barchend, Normal u. Nessel 1⁶⁸ 1⁴⁵ 1¹⁵ **98 ₰**

Ein Posten **Herren-Schirmmützen** jetzt **78 ₰**

Ein Posten **Herren- u. Knaben-Sportmützen** jetzt **20 ₰**

Ein Posten **Herren-Hosen** . . . . jetzt **1⁶⁰**

Ein Posten **Herren-Socken** . . . jetzt **32 ₰**

Ein Posten **Damen-Strümpfe** . jetzt **39 ₰**

Ein Posten **Damen-Stiefel und Schuhe** Lackkap., Derby jetzt **4⁹⁰**

!!! Unsere Sonderpreise !!!

Roßleder-Kinderstiefel extra stark genagelt

Gr.	23	25	27	31
	1.95	2.25	2.75	3.25

Kinderstiefel Prima Rindbox

Gr.	23-24	25-26	27-30	31-35
	3.50	3.75	3.95	4.60

Leder-Sandalen
!!! besohlbar !!!

Gr.	23-26	27-30	31-35	36-42	43-47
jetzt	1.78	2.28	2.78	3.28	3.78

Alle Sorten **Braune Stiefel** jetzt weit unter Wert.

Ein Posten **Damen-Pantoffel** jetzt **28 ₰**

Ein Posten **!! Starke Arbeitsstiefel !!** enorm preiswert!

Schuhwarenhaus

Franzen & Co.

16 Holstenstr. 16. 5837

Rote Lubecamarken.

Großer Saison-Ausverkauf

Tassen, Porzellan . . . Paar **15, 10 ₰**
Oberfassen, weiß u. dekoriert **15, 10 ₰**
Gr. Posten Unterfassen Dtzd. **42 ₰**
Kaffeekannen, gr. . . **75, 65, 38 ₰**
Milchtöpfe, gr. . . . . . **28, 23 ₰**
Käseglocken pa. . . . . . **48 ₰**

Eß-Teller, tief u. flach Stück **8 ₰**
Kompott-Teller . . . . **5 ₰**
Saucieren, dekoriert . . **40 ₰**
Einz. Zahnbürst.-Schalen 8 ₰
Satz Gemüse-Tonnen . . **2.50**
Gr. Posten Nachtgeschirre 48 ₰

Emaille-Eimer, 28 Liter **85 ₰**
Gr. Posten Leuwagen 28 ₰
Kokos-Besen, groß . . **43 ₰**
Bürsten mit Stiel . . . **23 ₰**
Glas-Butterdosen . . . **23 ₰**
Zuckerschale mit Fuß . . **12 ₰**

Für die Schule:

Schulränzel und Taschen 4.40 3.90 2.40 1.45 68 ₰

Nähkörbe . . . 3.00 2.50 2.00
Nähkasten . . . . 1.00 65 30 ₰

Frühstückstasch. 1.00 85 50 ₰
Federkasten . . . . 25 18 10 ₰

5832

Riesen-Bazar

Breite Straße 33. **Pietro Cagno.** **Breite Straße 33.**

Sozialdemokratischer Verein Moisling.

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend, 2. August im Lokale der Ww. Schreiber „Kaffeehaus" in Moisling.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Genossen A. Haut. Thema:
Kinderarbeit und die Kinderschutz-Gesetze.
3. Lassalle-Feier.
4. Fragekasten.
5. Verschiedenes.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung bittet um zahlreiches Erscheinen

5819) **Der Vorstand.**

Nur im Biophon.

Freitag, Sonnabend, Sonntag, Montag.
Alleiniges Erstaufführungsrecht. (5821

Waldemar Psylander

Der anerkannte Liebling des gesamten Publikums in

Um hohen Preis.

Die Krone aller Nordisk-Kunstfilms. Sittendrama in 3 Akten.

Die Wettfahrt nach dem Standesamt.

Großer Sensationsschlager in 3 Akten.
Außer dem großen Programm einige amerikanische Sensationen.
Sonntag von 1½—4 Uhr große Kinder-Vorstellung.

2. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 178. Freitag, den 1. August 1913. 20. Jahrg.

Hapag und Lloyd.

h. Der Norddeutsche Lloyd in Bremen ist der Ältere; die jüngere Hamburg-Amerikalinie hat es aber verstanden, sich trotzdem gute Linsengerichte zu kochen. Das sind die organischen Gegensätze der beiden großen Schiffahrtsgesellschaften, die beinahe bis auf das letzte Tüpfelchen ebenso in der deutschen Elektrizitätsindustrie vorhanden sind. Bei der alten Firma Siemens u. Halske haben fast immer nur kluge Kaufleute gesessen, bei der jungen A. E. G. großzügige Kapitalisten. Aus dem gleichen Gegensatze heraus hat es der Lloyd vor einer Reihe von Jahren aufgegeben, den Kampf um die größten und schönsten Schiffe noch weiter mitzumachen. Er war dabei kaufmännisch klug, denn die finanzielle Situation des Lloyd hat durch die damaligen Kämpfe sehr gelitten und ist auch jetzt, nachdem er erneut gute Jahre hinter sich gebracht hat, noch nicht wieder so weit konsolidiert, wie die Hamburg-Amerikalinie. Das sind immer wieder die eigentlichen Hauptgründe, weswegen sich die Interessen von Bremen und Hamburg aneinander reiben.

Die gemeinsamen Interessen zwischen dem Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerikalinie sind trotzdem viel größer, im besonderen soweit, als sie direkt materiell fixiert erscheinen, als zumeist angenommen wird. Der Lloyd sitzt mit der Hapag zusammen in der Regierung der Holland-Amerikalinie in Rotterdam. Beide sind bei der Dampfschiffahrtsgesellschaft Austro-Americana in Triest engagiert, wenn sie dort auch wegen eines energischen Winkes der österreichischen Regierung offiziell in der Leitung nicht mehr sehr stark erkennbar sind. Bremen und Hamburg sind in gleicher Weise bei der Hamburg-Bremer Afrikalinie engagiert; beide gehören der Reedereivereinigung G. m. b. H. an. Seit zehn Jahren besteht zwischen der Hapag und dem Lloyd eine Abmachung, wonach der Lloyd den ostasiatischen Reichspostdampferdienst erledigt und die Hapag den gesamten Frachtdampferdienst nach Ostasien übernommen hat. Seit zwölf Jahren betreiben Hapag und Lloyd zusammen die Yangseflußschiffahrt. Es bestehen aber auch weiter Abmachungen zwischen den beiden großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften in bezug auf den nordatlantischen, kanadischen und dem ostasiatischen Verkehr, sowie für den Verkehr der Vergnügungsfahrten. Die aus der Norddeutschen Maschinen- und Armaturenfabrik entstandenen Atlaswerke A. G. sind aus dem gemeinsamen Interesse der beiden großen Reedereien entstanden. Dabei haben wir bis jetzt noch ganz davon abgesehen, daß Lloyd und Hapag im Zwischendeckverkehr gemeinsam das deutsche Interesse gegenüber den englischen und amerikanischen Reedereikonzernen vertreten, mit denen sie gemeinsam im nordatlantischen Zwischendeckerpool sitzen, der in einem Anhang seiner Abmachung auch bis auf die Kajütspassagiere ausgedehnt worden ist. Also auch hier wieder das Bild, genau so wie in der deutschen Elektrizitätsindustrie; außerordentlich viele gemeinsame Interessen und doch, oder vielmehr gerade deswegen immer wieder der unterirdische Kampf um die Macht, um den Kaiserthron!

Bei der jetzigen Auseinandersetzung zwischen den beiden Großen machen sich die Gegensätze, die trotz aller gemeinsamen Interessen stark ausgeprägt vorhanden sind, recht deutlich bemerkbar.

Die Hapag hat den internationalen Wettkampf um die großartigsten Schiffe, den wir oben erwähnten, geführt. Daraus entstand zum Beispiel auch das Bedürfnis, die Selbstversicherung der Schiffe auf die Mammutdampfer der Imperatorklasse auszudehnen. Der Norddeutsche Lloyd lehnte das dankend ab, weil er nicht ein Risiko mittragen will, das garnicht im eigenen Betriebe vorhanden ist. Aus der raschen und fortgesetzten Vergrößerung des Passagierraumes ist bei der Hamburg-Amerikalinie auch der Wunsch geboren worden, vom Zwischendeckerverkehr einen größeren Teil zu bekommen, als ihm seit 22 Jahren in immer gleich bleibendem Ausmaße zugebilligt worden sind.

In diesem eigentlich innerdeutschen Interessenkonflikt ist gerade bei der Zwischendeckerfrage noch ein außerdeutsches Moment zu beachten. Wir erinnern an die Kämpfe zwischen der dem Lloyd und der Hapag nahestehenden Austro-Amerikana und der Canada-Pacific-Gesellschaft um die Größe des Anteiles am nordatlantischen Zwischendeckverkehr. Es sind im wesentlichen englisch-amerikanische Interessen, die hier den deutschen Wünschen und Meinungen entgegenstehen. Nun ist der nordatlantische Passagepool außerordentlich weit ausgebaut. So muß zum Beispiel jede der beteiligten Schiffsgesellschaften für jeden Zwischendeckler, den sie mehr befördert, als die ihr zugebilligte Quote ausmacht, an die Zentrale 80 Mark Entschädigung zahlen. Diese 80 Mark gehen dann in die Tasche der Schiffsgesellschaft, die ihr Quantum an Zwischendeckspassagieren nicht erreicht hat. Seit Monaten müssen nun die deutschen Reedereien nicht unerhebliche Summen an die Engländer zahlen, weil diese nach den Bestimmungen des Passagepools und den Folgen aus dem Konflikt mit der Canada-Pacific zu dieser Forderung berechtigt sind. Es ist verständlich, daß bei dem immer wieder weiter drängenden Geiste, der in der Hamburg-Amerikalinie an der Leitung sitzt, solche Tatsachen Wünsche nach Änderung entstehen lassen.

Zu all dem kommt noch ein weiterer Gegensatz zwischen der Hamburg-Amerikalinie und dem Norddeutschen Lloyd. Der Lloyd erhält seit Jahrzehnten vom deutschen Reiche für bestimmte Linien verhältnismäßig hohe Subventionen. Sie sind ihm, gerade gegenüber der Hapag, eine sehr gute finanzielle Rückendeckung, so oft auch gerade vom Lloyd behauptet wird, daß er bei den Subventionslinien noch zusetze. Es kommt ja bei der Gewinn- oder Verlustberechnung eines Geschäftes immer darauf an, wie hoch man die Unkosten ansetzt. Die Hamburg-Amerikalinie kämpft seit Jahren planmäßig gegen jede Subventionspolitik.

Wie steht es nun mit den Subventionen? Rußland hat ein eigenes Gesetz über Schiffbausubventionen, es erhöht seine Subventionen fortgesetzt. In Österreich kommt man immer wieder auf die Subventionierung des Südamerikadienstes zurück. Die Küstenschiffahrt in Dalmatien und die Donauschiffahrt wird in Österreich subventioniert. Ungarn hat in seinem Budget ziemlich erhebliche Subventionssummen. Norwegen gibt für Mexikolinien Subventionen aus und hat sich immer wieder mit dem Ausbau der Subventionen des Südamerika- und des Nordamerikadienstes zu beschäftigen. Schweden hat neben Subventionen für feste Linien seit einigen Jahren einen billigen Darlehnsfonds für ähnliche Zwecke. Holland subventioniert energisch. Frankreich ebenfalls. Italien hat es besser als irgend ein anderes Land verstanden, fremde Flaggen aus dem eigenen Verkehr zu halten. Die Selbstverständlichkeit der Subventionen hat aber längst auch auf die außereuropäischen Länder übergegriffen. Venezuela, Peru, Chile, Argentinien, Brasilien und Mexiko subventionieren sämtlich mehr oder weniger energisch ihre Küstenschiffahrt. Kanada zahlt Millionen Dollars an Subventionen. Japan hat seine kräftigen Subventionen fortgesetzt erhöht. Australien bekämpft die fremde Schiffahrt durch starke Lastenauflegung und arbeitet wie andere englische Kolonien viel mit Postdampferkontrakten. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika tobt nach wie vor der Kampf um die Subventionen. Überdies wird dort die fremde Schiffahrt, im besonderen soweit sie gepoolt ist, mehr oder weniger ehrlich und gründlich bekämpft. Also überall wo wir hinsehen Subventionen über Subventionen. Die Hapag kämpft prinzipiell gegen diese mehr oder weniger deutliche staatliche Beeinflussung der privatkapitalistischen Schiffahrt und verlangt freie Konkurrenz, damit der wirklich Stärkere über den wirklich Schwächeren siegen könne. Es sei daran erinnert, daß Balin während des Konfliktes im Südamerikanischen Zwischendeckspool ganz energisch von der freien Konkurrenz schwärmte. Damals wurde man in Hamburg still, weil sich in England gewaltige Umwälzungen vollzogen, die ganz plötzlich neue mächtige Reedereikonzerne entstehen ließen. Es sei aber auch daran erinnert, daß Ballin vor etlichen Jahren ganz plötzlich den Vorschlag machte, jede Konkurrenz im nordatlantischen Schiffahrtsverkehr völlig auszuschalten. Das wäre in seiner Konsequenz einem Weltschiffstrust gleichzukommen. Wir sehen ferner wieder, daß in Hamburg das eigentlich gärende und vorwärts drängende kapitalistische Element sitzt, das sich weniger um Geschäftsmaximen kümmert, die man für ein ganzes Menschenalter und womöglich noch länger festlegt, sondern mehr und fortgesetzt neue Wege und Ziele zur Wirtschaftsmacht sucht.

Aus all diesen Gründen kann es als wahr unterstellt werden, daß die Hamburg-Amerikalinie ernsthaft mit der deutschen Regierung verhandelt hat, um in freier Fahrt den Reichspostverkehr mit zu übernehmen, selbstverständlich gegen entsprechende Vergütung. Die Hamburg-Amerika-Linie hat überdies schon öffentlich ausgesprochen, daß sie die oben schon erwähnte Vereinbarung mit dem Lloyd — Du den Postverkehr nach Ostasien und ich den Frachtverkehr — vom 1. Oktober 1914 ab nicht mehr erneuern will. Sie werde sich dann auch am Passageverkehr nach Ostasien beteiligen und stelle es dem Lloyd frei, dasselbe gegenüber ihrem Frachtverkehr zu tun.

Auf der anderen Seite, beim Lloyd, machen sich demgegenüber erneut Bestrebungen geltend, den Schlag zu parieren. Der Norddeutsche Lloyd läßt erklären, daß er in Zukunft ebenfalls wieder ganz große Schiffe zu bauen gedenke und deswegen alle Gründe für sich habe, auch in Zukunft die alte Zwischendecklerquote behalten zu können. Der Norddeutsche Lloyd hofft auch, ganz sicher wieder die Reichssubventionen einstecken zu können.

Die Auseinandersetzungen des Lloyd mit der Hapag sind in Wirklichkeit nichts anderes als die äußerlich bemerkbar gewordenen Kampfesspuren einer Jahrzehnte alten und trotz aller gemeinsamen Interessen immer wieder gegeneinander gehenden Entwickelnng. Der Kaufmann kämpft gegen den Kapitalisten. Der Kampf wird dabei immer wieder unterbrochen durch den großen Gegner, das beutegierige Ausland. Hier ist der Angelpunkt der „Freundschaft" zwischen den beiden Großen.

In diesen Stürmen, im täglich neuartigen Geschrei der mehr oder weniger interessierten und abhängigen Zeitungen geht so eine großartige Entwickelung vor sich. In dem Riesenkampfe, wo Millionen nur Pfennige gelten und hunderttausend Arbeiter nichts weiter als eine Ziffer im Rechenexempel sind, sucht sich in Wirklichkeit der Kapitalismus neue Wege zur Macht über die ganze Welt. Nur eines kann sie daran hindern und hemmt sie tatsächlich schon heute, das ist das selbständige Denken und Handeln der Arbeiter.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 31. Juli.

Die Sitzung wird um 6 Uhr 30 Minuten vom ersten Wortführerstellvertreter Jenne eröffnet.

Dem früheren Bürgerschaftsmitglied und Deputierten des Finanzdepartements, Jäde, der kürzlich gestorben ist, werden ehrende Worte gewidmet. — Zur musikalischen Aufführung in der Marienkirche anläßlich des Besuchs Wilhelms II. werden die Bürgerschaftsmitglieder eingeladen. — Der deutschnationale Handlungsgehilfenverein sandte eine Eingabe betr. der Sonntagsruhe; über die Gefahren des Tabaktrusts ging auch ein Schreiben ein.

Rosenquist (zur Geschäftsordnung) will, daß auch die Gewerbekammer beim Fest in der Marienkirche vertreten ist.

Dr. Ziehl widerspricht dem, andere Körperschaften könnten ja das gleiche Recht für sich in Anspruch nehmen.

1. Antrag: Erlaß eines Nachtrages zum Gesetz vom 7. Mai 1913 betr. Bau- und Anbauvorschriften für das Strandgebiet des Stadtteils Travemünde.

Grünau erinnert an frühere Kommissionsbeschlüsse, die für einheitliche Bestimmungen eingetreten seien. Leider werde heute von diesem Standpunkt wieder abgewichen. Dadurch würde ein Teil Grundbesitzer schlechter gestellt. Die heute vorliegenden Bestimmungen seien nicht gerecht und bedürften der Abänderung. Redner stellt einen dahingehenden Antrag.

Senator H. Evers vertritt die Senatsvorlage. Den früheren Beschluß habe man gefaßt, um die alten Besitzer von Grundstücken in ihren Rechten nicht erheblich zu beschränken. Bei dem vorliegenden Platz lägen die Verhältnisse ganz anders.

Dr. Wittern ist der Auffassung, daß diese Vorlage dem Allgemeininteresse Travemündes diene. Redner erinnert an seinen Antrag im Bürgerausschuß vom 8. Mai 1912, betr. die Fortführung der Straßenbahn nach Travemünde und an seine Anfrage, wie die Verhältnisse der nichtstaatlichen Eisenbahnen geregelt werden sollen. Der zweigleisige Gleisausbau der Travemünder Bahn sei dringend notwendig. Die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft sei von dem Verkehrsaufschwung überrascht worden. Der Staat könne die eingleisige Spur der Hauptbahn nach Travemünde gar nicht mehr verantworten. Die neue Bahn nach Niendorf habe am ersten Sonntag schon 1200 Mark eingenommen. Der steigende Automobil- und Wagenverkehr auf der Travemünder Chaussee erheische eine sofortige Aenderung. Die Lübeck-Büchener Bahn mache ein glänzendes Geschäft, deshalb sei es dringend notwendig, sie staatlicherseits zu veranlassen, sofort den Ausbau auf eigene Kosten zu unternehmen.

Senator Dr. Fehling wird dem Senat sofort Mitteilung vom Gehörten machen. Auskunft kann er heute nicht geben, er ersucht aber den Vorredner, seine Anfrage in der nächsten Bürgerschaftssitzung zu wiederholen.

Böbs tritt für den Senatsantrag ein.

Grünau verficht seine entgegengesetzte Ansicht wiederholt. Der Durchblick zum Strande werde nicht besser, ob ein oder zwei Geschosse errichtet würden. Richtig wäre gewesen, an jener Stelle gar nicht zu bauen.

Senator H. Evers findet denn doch einen Unterschied, ob ein oder zwei Dachgeschosse errichtet werden. Ein großes öffentliches Interesse spreche für die Vorlage.

Der Antrag Grünau wird abgelehnt, die Senatsvorlage mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

2. Antrag: Festsetzung der Gas- und Strompreise in den von Lübeck aus versorgten Fernorten und Außenbezirken.

Grünau weist auf die abweichenden Bestimmungen für Lübeck und Travemünde hin; die Festsetzung des Gaspreises auf 55 Pfg. für Travemünde sei nicht gerechtfertigt, um so weniger, als Schlutup bevorzugt sei. Der Strompreis für elektrisches Licht sei in Lübeck um 20 Pfg. ermäßigt, für Travemünde nur um 15 Pfg., dadurch sei gegen früher die Differenz um 5 Pfg. höher, sie sei von 5 auf 10 Pfg. gestiegen. Mit dem Kraftstrom müsse unter allen Umständen ein besseres Verhältnis geschaffen werden, schon im Interesse der Handwerker. Travemünde könne doch nichts dafür, daß der Strom erst über Lübeck geleitet werden müsse. Nach dem Fürstentum werde der Strom billiger geliefert als nach Travemünde. Die Preise für die Eleketrizitätszähler seien für Travemünde gegenüber Lübeck ganz exorbitant, dadurch würden viele abgehalten, Elektrizität zu beziehen. Auch die Anschlußkosten seien viel zu hoch.

Senator Dr. Lienau stellt einige Unrichtigkeiten des Vorredners in bezug der Gaspreise richtig. Die Verhältnisse über Elektrizitätsverbrauch in Travemünde lägen wesentlich anders als in Lübeck und Schlutup. Eine verhältnismäßige Herabsetzung finde für Travemünde statt.

Rosenquist erinnert an den Antrag Heise, der für die Kleinhandwerker Preisermäßigung des Elektrizitätsbezuges fordert.

Henk (Bültwisch) tritt für ermäßigte Elektrizitätspreise in Travemünde ein.

Heise erklärt auf eine Senatsbemerkung, einen endgültigen Bescheid über seine Anfrage nicht erhalten zu haben.

Lippert fragt, warum die Preise für die Elektrizitätsmesser nicht durch Rat- und Bürgerschluß festgesetzt werden.

Senator Dr. Lienau: Eine solche Forderung wurde nicht erhoben, die Bürgerschaft hat sich seinerzeit mit dem Vorgehen des Senats einverstanden erklärt.

Grünau stellt den Antrag, für Travemünde die Preise so zu stellen: für Lichtstrom 50 Pfg., anstatt 55, wie der Senat beantragt, für Kraftstrom 20 Pfg. statt 25 Pfg.

Senator Dr. Lienau: Es kommt nicht allein auf den Differenzbetrag an, sondern auf einen halbwegs günstigen Abschluß.

Thiele tritt für den Antrag Grünau ein und fordert gesonderte Abstimung für Licht- und Kraftstrom.

Böbs pflichtet Grünaus Antrag bei.

Dr. Wittern ersucht, im Interesse der Geschäftstreibenden um Herabsetzung des Kraftstroms, damit dieser reichlich in Anspruch genommen wird.

Grünau: Travemünde muß doch mit den oldenburgischen Bädern konkurrieren können. Warum sollen die Travemünder mehr bezahlen als die Oldenburger.

Die vom Senat beantragten Preise werden abgelehnt, der Grünausche Antrag mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Mit den beschlossenen Abänderungen gelangt der Senatsantrag endgültig zur Annahme.

4. Antrag: Neufestsetzung des Preises für Gas, das durch Münzgasmesser bezogen wird.

Löwigt: Als vor wenigen Monaten die Neuregelung des Gaspreises beschlossen wurde, ging den meisten der Antrag des Senats nicht weit genug. Sie wünschten eine größere Ermäßigung als beantragt war. Niemand hat daran gedacht, daß nach so kurzer Zeit der Senat mit einem Antrag kommen würde, der eine Erhöhung des Gaspreises, wenn auch nur für Münzgasmesser, verlangen würde. Der Senat ist zu diesem Antrag nicht berechtigt, ich bitte, ihn abzulehnen. Es sollen die kleineren Abnehmer getroffen werden, ihnen soll der Kubikmeter um einen Pfennig erhöht werden. Der Antrag wird damit begründet, daß der bei den jetzt geltenden Preisen entstehende Einnahme-Ausfall sehr erheblich werden würde. Es soll zugegeben werden, daß ein Einnahmeausfall entsteht, aber damit war bei der ganzen Herabsetzung des Gaspreises von vornherein zu rechnen. Ich kann den Standpunkt nicht als richtig anerkennen, der zum Ausgleich eine Erhöhung pro Kubikmeter um einen Pfennig fordert. Bis jetzt hatte ein Gasabnehmer, der einen gewöhnlichen zweiflammigen Gasmesser benutzt, 3,60 Mk. zu bezahlen, und wenn sie den Preis des Gases hier um einen Pfennig erhöhen, würde der, der nur das Durchschnitsquantum von 385 Kubikmeter verbraucht, schon 25 Pfennig mehr bezahlen müssen dafür, daß er einen Münzgasmesser hat. Wir sind der Meinung, daß die Münzgasmesser gerade deshalb eingeführt wurden, um den kleinen Leuten die Zahlung des Gases so bequem wie möglich zu machen; sie sollen es nicht so fühlen, als wenn sie am Quartalsschluß die ganze Summe bezahlen müssen. Hier sollen sie nun mehr belastet werden, als diejenigen mit festen Gasmessern. Wenn der Senat meint, mehr herausschlagen zu müssen, dann wäre es richtiger, für Münzgasmesser eine Miete zu fordern, die ungefähr dem entspricht, was die anderen Abnehmer für Gasmesser entrichten müssen. Ich bitte Sie, den gegenwärtigen Antrag des Senates abzulehnen. Der Senat soll einen anderen Antrag einbringen. — Ich stelle ferner die Anfrage an den Senat, wie es mit dem Antrag steht, den ich bei der Budgetberatung gestellt habe und den die Bürgerschaft mit großer Mehrheit angenommen hat. Es handelt sich um denjenigen, der den alten Beziehern von Kochgas den bisherigen Preis für den Kubikmeter belassen soll. Ich habe nichts mehr davon gehört, nehme aber an, da dieser Antrag einstimmig angenommen wurde, daß er den Senat beschäftigt hat und daß ein Resultat herausgekommen ist. (Zustimmung bei den Soz.)

Senator Dr. Lienau verweist auf den Wunsch der Bürgerschaft für Münzgasmesser billigere Preise zu stellen. Wenn dem Wunsche des Vorredners gefolgt wird und für die Münzgasmesser eine Miete verlangt wird, kommt es wieder aufs selbe heraus, wie mit der Erhöhung um 1 Pfg. Folgen Sie

logischerweise dem Senatsantrag, er entspricht dem Wunsche der Bürgerschaft vom 28. April.

Dr. J. Meyer glaubt, daß der Gebrauch eines Münzgasmessers nach dem Wunsche Löwigts teurer komme. Eine sorgfältige Prüfung sei notwendig, um aus dem Ganzen nicht eine Verbrauchssteuer zu machen, gegen die sich die Bürgerschaft in anderen Fällen gewandt habe.

Senator Dr. Lienau erklärt, daß nach dem Bericht Dr. Hases die Erhöhung des Preises für Münzgas noch lange nicht zur Deckung ausreiche, man sei aber nicht höher hinauf gegangen, weil man gerade dieses Gas billig liefern wolle.

Löwigt: Die größte Ungerechtigkeit liegt gerade darin, daß hier der Preis für den Kubikmeter erhöht werden soll. Mir sind Fälle bekannt, wo Bezieher von 70 Kubikmeter im Monat einen jährlichen Mehrbetrag von 8,40 ℳ bezahlen müssen, während beim Gasmesser der Betrag nur 3,60 ℳ ausmacht. Daß hier ein gewaltiger Unterschied vorliegt, muß doch jedes Bürgerschaftsmitglied einsehen. Das einfachste ist, die Vorlage abzulehnen. Der Senat mag mit etwas Besserem kommen. Auf meine Anfrage habe ich keine Antwort erhalten. Ich weiß also nicht, ob sich der Senat mit dem einstimmig gefaßten Beschluß der Bürgerschaft überhaupt nicht beschäftigt hat; das wäre die größte Mißachtung der Bürgerschaft.

Senator Dr. Lienau: Selbstverständlich ist das Ersuchen an die Verwaltungsbehörde weitergegeben. Direktor Hase hat erklärt, es sei unmöglich, diesem Antrage zu folgen. Wir sind an das Budget gebunden. Ich konnte damals die Folgen nicht übersehen. — Eine Miete für Münzgasmesser würde am Ganzen nichts ändern.

Aug. Pape glaubt, daß eine Ermäßigung nicht ausgeschlossen erscheint. Die Gaspreise wurden seinerzeit ermäßigt und der Wasserpreis gleichzeitig erhöht. Man könne doch jetzt ohne Ermäßigung des Wasserpreises das Gas nicht erhöhen.

Scharff hält die Berechnung Löwigts nicht für richtig. Wer einen größeren Verbrauch habe, habe einfach einen Gasmesser anzuschaffen. Man müsse auch das Gemeinwohl und die Finanzen im Auge behalten.

Löwigt: Ich habe nicht von 300, sondern von 385 Kubikmeter im Durchschnitt gesprochen. Es kommt so für Münzgasmesser 3,85 ℳ heraus, während für einen zweiflammigen Gasmesser nur 3,60 ℳ bei Durchschnittsquanten zu bezahlen sind. Wer höhere Quanten verbraucht, muß noch weit mehr bezahlen als der Gasabnehmer mit dem gewöhnlichen Gasmesser. Das ist aber eine große Ungerechtigkeit.

Aug. Pape: Wer einen Gasmesser hat, bezahlt mehr als die, welche Münzgasmesser im Gebrauch haben. Deshalb muß der Preis für letztere auf 12 ₰ heraufgesetzt werden. Schwerin liefert das Gas sogar für 11 ₰, dann muß es auch hier für 12 ₰ zu liefern möglich sein.

Dr. Ziehl ersucht um Annahme des Senatsantrages. Herr Pape scheint von den Finanzverhältnissen Lübecks keine Ahnung zu haben. Was hier die Gasbezieher nicht bezahlen, werde den übrigen Bürgern auf den Steuerzettel geschrieben.

Aug. Pape: Es handelt sich nur um kaufmännische Erwägungen, ob man großen Absatz durch billige Preise erzielen will oder nicht. Dazu sind keine Finanzkenntnisse notwendig. Im übrigen bezweifle ich die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Diese wird festgestellt.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Aug. Pape wünscht, in Zukunft bei Feststellung der Beschlußfähigkeit ebenso zu handeln wie eben geschehen. (Die draußenstehenden Mitglieder wurden hereingeholt.)

4. Antrag: Einführung der Schulpflicht für Schwachbefähigte und Errichtung einer zweiten Hilfsschule.

Pastor Becker geht im besonderen auf die Hilfsschulpflicht ein, erwähnt, daß über 20 Kinder in dieser Schule gewesen seien, die wieder in die Volksschulen gehörten, bezweifelt die Richtigkeit der hilfsschulpflichtigen Kinderstatistik, die erst 203, dann 120 und zuletzt noch 101 Kinder aufweist. Wünschenswert sei, daß schwache Kinder in die Schule aufgenommen würden, notwendig sei aber die Ausscheidung der Grenzfälle und der Kinder im vorgeschrittenen Alter. Eine Zentralschule brauche man nicht zu errichten. Es sei ja kaum glaublich, daß Lübeck die größte Prozentzahl schwachbefähigter Kinder in Deutschland aufweise.

Senator Kulenkamp geht auf die Rede von Aug. Pape in voriger Sitzung ein, der für den Senatsantrag eingetreten sei, aber am Schlusse seiner Ausführungen mit überraschender Wendung den Bürgerausschußantrag empfohlen habe. Der Senat stehe auf dem Standpunkt, daß nur auf dem Wege praktischer Fortführung der Hilfsschulpflicht vorgegangen werden könne. Die Oberschulbehörde werde bei der Prüfung sorgfältig verfahren. Diese habe die Zahl 101 hilfsbedürftiger Kinder ergeben. Es komme nicht darauf an, ob es sich um 101 oder 120 handle, sondern um eine Entlastung der Behrend-Schröderschen Schule. Eine Bestimmung, die nur die Überweisung im ersten oder zweiten Jahre gestatte, dürfe nicht bestehen.

Dr. Schlomer erklärt, daß auch er wie der Senat gewünscht hätte, die Vorlage wäre schon das vorige Mal verabschiedet worden. Redner wendet sich dann gegen Pastor Becker, der anführte, daß die 101 hilfspflichtschulbedürftigen Kinder zu hoch gegriffen sei, und dies daraus geschlossen habe, daß die frühere Kommission die Zahl schon zu hoch angegeben habe. Wir haben aber jetzt eine gewisse Sicherheit, daß es 101 Kinder sind. Ich fürchte, daß diese Zahl noch größer wird. Herr Becker glaubt, daß wir mit den Schröderschen Schülern einen zu hohen Prozentsatz Schwachbefähigter in Lübeck hätten. In den anderen Städten werden jedoch auch die Mittelschulen dazugezählt. Wenn wir hier zu den 10 000 Volksschülern die 2000 Mittelschüler zählen, dann kommen unter 3 % heraus, so daß wir unter dem Durchschnitt bleiben. Die Kommission sagte, dem Antrag ständen finanzielle Gründe entgegen. Was die Kommission jetzt vorschlägt, verursacht genau so viel Kosten wie das Provisorium im Zollabfertigungsschuppen, was der Senat empfiehlt. Der Unterschied ist nur gering, der für die Finanzen nicht in Frage kommt. Ob die Filiale so viel kostet wie das Provisorium, ist gleichgültig, beides sind nur Notbehelfe, vorteilhafter aber ist das Provisorium im Zollschuppen. Wenn auch die Räume nicht allen Ansprüchen genügen, in der Filiale der Petrischule genügen sie auch nicht. Gerade diese Räume wurden aufgegeben, weil sie für hygienische Ansprüche unzureichend sind. Im vorgesehenen Gebäude sind sie besser. Die Räume sind schon zu Schulzwecken verwandt worden, die Umbaukosten sind nicht zu groß, ein Spielplatz mit Umzäunung kann für wenig Geld geschaffen werden. Die Vorteile einer besonderen Schule überwiegen die Nachteile einer Filiale. Daß der Vorredner nicht für eine Zentralschule eintritt, ist nur zu begrüßen, denn die Leitung einer großen Schule Schwachbefähigter ist schwierig. Eine zweite besondere Schule für schwachbefähigte Kinder ist wünschenswert. Die Gegner der Senatsvorlage glauben, sie würden den Erfolg zeitigen, der Senat würde gezwungen sein, bald einen Neubau zu schaffen. Ich glaube nicht, daß dies schneller erreicht wird. Die jetzige Beratung hat über zwei Jahre gedauert. Lehnen Sie jetzt die Senatsvorlage ab, werden wir nur eine Filiale bekommen. Die Vorarbeiten für ein besonderes Schulgebäude werden die Oberschulbehörde 1 Jahr beschäftigen, der Bürgerausschuß sagt dann, wir haben schon eine Filiale; mit Rücksicht auf die Finanzverhältnisse kommen wir einige Jahre aus. Eine Kommission prüft das wieder nach, dann geht's an die Baukommission und so werden wir eine zweite Schule nicht vor 1916 bekommen. Nehmen Sie den Senatsantrag an, haben wir die Vorteile zweier kleiner Hilfsschulen und schieben den Bau einer besonderen Schule auch weiter hinaus. Wir stimmen für den Senatsantrag nicht nur zur Schaffung eines Provisoriums, sondern auch für den Hilfsschulzwang. Ich habe bedauert, daß Herr Aug. Pape nicht dafür zu haben war. Ohne Zwang bei den Eltern kommen wir nicht aus. Wenn man nur sagt, die Oberschulbehörde kann Kinder überweisen, bin ich nicht der Überzeugung, daß die Eltern es tun müssen. Sie werden sich immer auf das fehlende Wort „müssen" berufen. Sie werden glauben, man handle willkürlich. Nehmen Sie die Senatsvorlage im vollen Umfange an. (Beifall b. d. Soz.)

Aug. Pape: Man kann darüber geteilter Meinung sein, bei der Vorlage „können" oder „müssen" zu sagen. Die Oberschulbehörde kann beim ersten Wort eher Milde walten lassen. Da die Besorgnis groß ist, daß Kinder ungerecht eingereiht werden, ist es besser, wenn nicht so scharf vorgegangen wird; versteifen tue ich mich auf das beanstandete Wort nicht.

Schulmerich: Notwendig ist, daß sowohl für die Schwachbefähigten als die Normalschüler etwas geschieht. Wenn die Schwachen ausgeschieden werden, ist auch den anderen geholfen. Die erste Umfrage, die 203 schwachbefähigte Schüler ergab, beruhte auf falscher Auffassung, die auch besteht, wenn Volks- und Mittelschüler zusammengezogen werden. Daß man in Lübeck schärfer ist in der Zeichnung schwachbefähigter Kinder als in anderen Städten, ergibt sich aus den vorliegenden Zahlen. Danach hat Breslau 1101 Schwachbefähigte (auf 100 000 Einwohner 215), Königsberg 343 (139), Hannover 384 (127), Hamburg 1624 (174) und Lübeck hat zuerst auf 100 000 Einwohner 328 Kinder herausgerechnet. Deshalb müssen wir langsam mit der Hilfsschulpflicht vorgehen.

Scharff unterstreicht im Interesse der Finanzen Schlomers Ausführungen. Durch Streichung des Wörtchens „müssen" werde am Bestehenden nichts geändert, die Behörde könne dann gar nicht arbeiten, und man müsse von vorn wieder anfangen. Der Senatsantrag bedeutet in jeder Beziehung einen Fortschritt.

Senator Dr. Kulenkamp glaubt gegenüber Schulmerich, daß bei der Größe der Stadt die Bedenken der Überweisung Schwachbefähigter steigen.

Dr. Ziehl hält die Ausführungen Scharffs von Anfang bis Ende für unrichtig. Bleibe das Wort „müssen" bestehen, sei die Oberschulbehörde gezwungen, die Kinder zu überweisen. Das führe bei weit weg wohnenden Kindern zu Unzuträglichkeiten, die Behörde müsse dann auch deren Beobachtung und Kosten auf dem Schulweg übernehmen. Empfehlenswert sei, statt „müssen" oder „können" „sollen" zu sagen. Die Mängel des Gebäudes hielten ihn lediglich vom Senatsantrag ab.

Dr. Ziehl stellt ferner den Abänderungsantrag, daß die Aufnahme in die Hilfsschule nur erfolgen darf, wenn ein Gutachten des Physikus oder Schularztes eingeholt ist. Dieser Antrag wird angenommen.

Löwigt bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Der Wortführer betont demgegenüber, daß die zur Beschlußfähigkeit erforderliche Anzahl Bürgerschaftsmitglieder vorhanden ist.

Thiele kritisiert, daß während der Abstimmung noch Mitglieder hereingelassen werden. Das Bureau habe sich geirrt, es seien nur 58 und nicht 59 Mitglieder anwesend.

Peter Pape: Als Herr Eschenburg den Saal betrat, waren wir ebenfalls in der Abstimmung. Wenn der Eintritt gestattet ist, muß auch andern erlaubt sein, den Saal zu verlassen.

Der Wortführer: Während der Abstimmung darf natürlich niemand den Saal verlassen oder betreten.

Dr. Wittern: In der Abstimmung sind wir von dem Augenblick an, wo der Wortführer erklärt, daß abgestimmt wird.

Scharff ist derselben Meinung.

Ehlers: Die Beschlußfähigkeit ist angezweifelt worden, weil wir nicht wünschen, daß diese wichtige Vorlage von einem so schwachbesetzten Hause verabschiedet wird. Ich setze voraus, daß die Bürgerschaft und der Senat kein Interesse an einer solchen Durchdrückung hat. Herr Jenne behauptet, es gebe keine Instanz, die über dem Bureau stehe. Da irrt er sich. Die Bürgerschaft hat das Bureau gewählt und sie hat auch das Recht, die Vorgänge zu kontrollieren.

Wortführer Jenne: Wenn Meinungsverschiedenheiten entstehen, ist der Bürgerschaft das Recht nicht abzustreiten, hier aber handelt es sich um die Feststellung einer Zahl und da ist das Bureau maßgebend.

Bei der Abstimmung gelangt der Absatz 1 in der Fassung des Bürgerausschusses mit der Abänderung Dr. Ziehls zur Annahme. Absatz 2 und 3 werden abgelehnt. Da die Abstimmung eine Zweidrittelmehrheit nicht ergab, muß eine zweite Lesung erfolgen, die der Wortführer auf Anfang September festsetzt.

In die Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorlagen betr. Ordnung der Schulverhältnisse im Eingemeindungsgebiet und betr. Erhöhung der Stellenzulage für die Bezirksschullehrer der größeren Bezirksschulen wurden gewählt: Bade, Henk, G. Reimpell, Dr. Schlomer, Schulmerich. Ersatzmänner sind Grünau und Hinkeldeyn.

Schluß 9 Uhr 15 Minuten.

Gewerkschaftsbewegung.

Gegen das Koalitionsrecht der Eisenbahner. Wie die Eisenbahnbehörden mit Argusaugen darüber wachen, daß die Eisenbahnbeamten und Arbeiter unter keinen Umständen das Koalitionsrecht für sich in Anspruch nehmen, ist allgemein bekannt. Weniger bekannt dürfte jedoch sein, welcher Mittel sich die Eisenbahnbehörden bedienen, um die Gesinnung der Angestellten auszukundschaften. Wehe dem Beamten oder Arbeiter, der auch nur verdächtig ist, einem sozialdemokratischen Abgeordneten seine Stimme gegeben zu haben; er wird von Stunde an unter ganz besondere Observation genommen und fällt über kurz oder lang einem korrupten Spionagesystem zum Opfer. Die Bespitzelung geht aber noch weiter: nach seiner Zeitungslektüre, seiner Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft, sogar danach, ob irgend einer seiner Verwandten einem Konsumverein angehört, wird gefahndet. Bei der Erforschung solcher rein privaten Angelegenheiten wirkt denn aber gewöhnlich auch die Königlich-Preußische Polizei mit. Wir erinnern da nur an die Auslieferung der auf ungesetzlichem Wege verschafften Abschriften der Mitgliederlisten der Verwaltungsstelle Essen des Transportarbeiterverbandes an die Eisenbahnbehörde, die darauf schleunigst einen durch Zufall in der Liste stehenden Eisenbahnarbeiter entließ. In dem Schadenersatzprozeß, den der Angestellte des Transportarbeiterverbandes, der Genosse Kimmritz, gegen den Fiskus angestrengt hat und der zurzeit beim Oberlandesgericht in Hamm schwebt, hat die Essener Polizei bestritten, der Eisenbahnbehörde von dem Inhalt der beschlagnahmten Mitgliederlisten Mitteilung gemacht zu haben. Klarheit hierüber dürfte erst die Vernehmung der vom Kläger benannten Zeugen, darunter die des Geheimrats Sommerfeld von der Essener Eisenbahndirektion bringen. Inzwischen ist es jedoch gelungen, festzustellen, daß die Polizei direkt im Dienste der Eisenbahnbehörde steht, um die Beamten und Arbeiter, besonders die Neueingestellten, auf ihre Gesinnung hin zu bespitzeln. Ein besonders krasses Beispiel konnte vor einigen Tagen in Bochum festgestellt werden. Ein Arbeiter hatte an der Eisenbahn Arbeit gefunden. Er bekam den fürstlichen Lohn von 3,90 Mark pro Tag. Der Arbeiter war töricht genug, dieser Stellung wegen seine Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation, seine Mitgliedschaft im Konsumverein und im sozialdemokratischen Wahlverein aufzugeben, und die Arbeiterpresse abzubestellen. Für später war ihm Festanstellung und ein Lohn von 4 Mark bis 4,60 Mark pro Tag in Aussicht gestellt worden. Eines schönen Tages tauchte ein uniformierter Polizist auf, der in bekannter Polizeischläue in der Nachbarschaft des Neuangestellten „Recherchen" anstellte. Seine Wißbegierde erstreckte sich zunächst darauf, ob der Betreffende einer Gewerkschaft oder einem Kriegervereine angehört. Zur Erklärung seiner auffälligen Neugierde meinte der Beamte: Die Eisenbahn hat uns beauftragt, Recherchen über den Arbeiter einzuziehen. Nachdem er sich entfernt hatte, muß ihn wohl plötzlich doch seine Offenheit gereut haben. Er kam noch einmal zurück und bat die Frau, bei der er seine Erkundigungen eingezogen hatte, niemanden von der Unterredung Mitteilung zu machen. Was wäre wohl aus der Existenz des Eisenbahnarbeiters geworden, wenn die um Auskunft angegangene Person ihm feindlich gesonnen und die Antwort auf die Fragen des Polizisten wahrheitswidrig ausgefallen wären. Wieviel Eisenbahnarbeiter mögen diesem System schon zum Opfer gefallen sein! Gegen diese Bespitzelung und Bevormundung gibt es nur ein Mittel der Abwehr und das ist der Zusammenschluß aller Eisenbahner in eine gewerkschaftliche Organisation. Das heutige Bespitzelungssystem wird solange bestehen, wie es sich um die Maßnahmen gegen Einzelne handelt, gegen die Masse aller Eisenbahnarbeiter und Beamten wäre es wirkungslos.

Streik der Former und Gießereiarbeiter in Bunzlau i. Schl. Seit längerer Zeit strebten die Arbeiter der Eisengießereien in Bunzlau eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen an, doch die Zeit war nicht dazu angetan, Forderungen durch Arbeitseinstellungen durchsetzen zu können. In diesem Jahre nun verlangten die Arbeiter eine einheitliche Regelung ihrer Löhne, der Akkordpreise und der Arbeitszeit. Es wurde eine wöchentlich 56stündige Arbeitszeit, ebenso Einstellungslöhne für Arbeiter und Arbeiterinnen verlangt. Bei unverschuldetem Fehlguß soll den Formern kein Abzug gemacht werden; in strittigen Fällen sollte eine von Unternehmern und Arbeitern gebildete Kommission entscheiden. Unterhandlungen mit den Unternehmern hatten nur bei einem Erfolg, so daß dort eine Einigung zustande kam. Die Arbeiter, die zum größten Teil dem Metallarbeiter-Verband angehören, nur eine kleine Anzahl gehört dem Hirsch-Duncker-Gewerkverein an, haben jetzt einmütig die Arbeit eingestellt. Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller hat bereits durch Rundschreiben verfügt, daß nicht nur Streikende, sondern alle Metallarbeiter aus Bunzlau, ob sie aus den bestreikten Betrieben kommen oder nicht, von anderen Unternehmern nicht eingestellt werden dürfen. Doch die Unternehmer in Bunzlau werden ihr Ziel nicht erreichen, wenn die Former und Gießereiarbeiter in andern Orten Deutschlands die übliche Solidarität wahren, indem sie strengstens für Fernhaltung des Zuzugs nach Bunzlau sorgen. Für Former und Gießereiarbeiter sind die Firmen: Gebr. Kranz, Vogeler, vorm. Prackelt und Wiesner in Bunzlau gesperrt.

Aus Nah und Fern.

Ein Sittenskandal in Krakau. Aus Krakau wird gemeldet: Die Polizei verhaftete in einem Vorort die Hausbesitzerin Kopera und deren Tochter, die zahlreiche junge Mädchen aus den besten Kreisen in ihre Wohnung gelockt, dort betrunken gemacht und dann Lebemännern zugeführt hatten. Vor einigen Tagen war die fünfzehnjährige Tochter eines allgemein bekannten Kaufmanns verschwunden und wurde schließlich in einem Militärschuppen bei Rakovice in schwerkrankem Zustande aufgefunden. Die angestellten Erhebungen ergaben, daß das Mädchen in das Haus der Kopera gelockt, und von dort in betrunkenem Zustande in einem Automobil nach Rakovice gebracht worden war, wo es festgehalten wurde. Das Blatt „Novine" erhebt schwere Anklagen gegen mehrere Militärpersonen, die an den Orgien in der Wohnung der Kopera angeblich beteiligt gewesen sind. Gegen mehrere Offiziere sei von den Militärbehörden bereits eine Untersuchung eingeleitet worden.

Wie der Herr Minister den Ehebruch heilte. Eine ergötzliche Ehebruchsgeschichte, bei der ein französischer Minister die Rolle des Helden spielte, weiß der „Piccolo" zu erzählen. Besagter Minister hatte vor einiger Zeit das Pech, bei einem Schäferstündchen, das er in der Wohnung des betrogenen Gatten verlebte, von diesem erwischt zu werden. Es gelang ihm zwar zu entkommen, aber er war erkannt worden. Nun erwartete er im Ministerium in Gesellschaft seines Kabinettchefs und dessen Sekretärs, denen er sich anvertraut, und die er gebeten hatte, bei dem unvermeidlichen Duell seine Zeugen zu sein, die die Forderung überbringenden Zeugen des beleidigten Gemahls. Sie trafen auch in der nächsten Viertelstunde ein und der Minister zog sich mit den beiden Herren in sein Arbeitszimmer zurück, wo die drei Männer über 1 Std. eingeschlossen blieben. Nach der Unterredung trat der Minister lächelnd in das Bureau seines Kabinettchefs. „Nun, sind die Bedingungen festgesetzt?" — „Was für Bedingungen?" antwortete der Minister, „von einem Duell war zwischen uns überhaupt nicht die Rede. Die braven Leute sind nur zu mir gekommen, um mich über die staatsbürgerlichen und kaufmännischen Vorzüge des würdigen Ehegatten aufzuklären und mich herzlich zu bitten, ihm den Orden der „Ehrenlegion" zu verleihen."

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 31. Juli.

Auftrieb 1255 Schweine. Markt leicht geräumt.

Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:

Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 75,— bis 76,— (60,— bis 61,—), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 75,— bis 76,— (60,— bis 61,—), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 78,— bis 78,50 (61,— bis 61,50), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 78,— bis 79,— (61,— bis 61,50), geringere Ware, Tara 24 Proz., 72,— bis 76,— 54,50 bis 58,—), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., —,— bis 70,— (—,— bis 56,—), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 65,— bis 69,— (50,50 bis 50,50) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Gustav Jäde, Lübeck Holstenstraße 1 Fernsprech. 781
Herren- u. Knabengarderoben — Spezialität: Berufskleidung, Großes Lager in Damen- u. Kinderkonfektion, Kleiderstoffen, Leinen- und Baumwollwaren, Bettfedern und Daunen, Teppiche Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken, Läuferstoffe, Buxkin, Schlaf- u. Reisedecken, Normal-Unterzeuge, Damen- u. Herrenwäsche, Regen-, Sonnenschirme, Unterröcke, Schürzen, Korsetts, Strümpfe, Handschuhe, Schlipse etc.
Aussteuer-Artikel.

Praktischer Wegweiser

Erscheint einmal wöchentlich — empfehlenswerter • Geschäfte • — Zur Beachtung empfohlen

Kenner bevorzugen
das gute Lübecker Bürgerbräu
Aktienbierbrauerei Lübeck

Lübeck

Fr. Bibow, Engelsgrube 57
Salzheringe aller Art.
Fischkonserven en-gros. Tel. 908.

H. Christiansen Wahmstraße 30 : Fernruf 2413 :
Flurgarderoben, Spiegel, Luxus- u. Gebrauchsmöbel. Eig. Möbeltischl.

Dampfer Freya
Täglich Fahrten nach Travemünde
Ab Sophienstr. 8¹⁰ und 2 Uhr.

Herm. Dose, Hundestr. 62
Roßschlächterei
Spezialität: Feine Wurstwaren.

Hamburger Kaffee-Lager
Holstenstraße 10

Essigfabrik
G. Lehmann
Alfstr. 17 — — — Telephon 902.

Löwelin
die beste Schuhcréme der Zukunft
Löwelin-Werke Otto Löwe, Kom.-Ges.

Meumann & Erdmann
Holstenstr. 2, 1. Kontor-Bedarfsartikel
Continental-Schreibmasch. Rp.-Werkstatt.

Franz Schefferling jr., Beckergrube 50.
Tel. 3202. Sellermeister Tel. 3202.
Spezialität: Angelgeräte.

Ludwig Schlüter
Beckergrube 24 :: Telephon 72
Luxusfuhrwerk, Automobilvermietung. Tag u. Nacht geöffnet.

Heinrich Tesenfitz
Königstr. 22 -:- Ecke Pfaffenstr.
Wäsche- u. Aussteuerart. aller Art.

H. Hahn Gr. Burgstr. 33
Photogr. Atelier.

W. Krahn Königstr. 48
Butter, Milch.

Fisch- und Fettwarenhandlung
H. Roßbach, Fackenburg. Allee 19 b

R. Kößling Königstraße 121
Angelgeräte und Netze.

Carl Schnoor Wickedestr. 14
Fischhandlung.

Herm. Stiegmann Hundestraße 35
Sargmagazin.

Alumin.-Geschirr

Billigste Bezugsquelle
für Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt
Fernruf 672 Mühlenstr. 36—40

Arbeiter-Artik. Manufakturw.

Otto Albers
Markt 4 Kohlmarkt 10
Viel benutzte Bezugsquelle für Manufakturwaren und Garderoben aller Art

Johann Dittmer Drögestr. 12a Ecke Warend. St.
Manufakturwaren — Konfektion
Bettfedern-Reinigungsanstalt.

Arbeiter- und Berufskleidg.

J. H. Pein
am Markt
Herren- und Knaben-Garderobe, Berufskeidung, Hüte und Mützen.

Bäckereien

G. Dose, Engelsgrube 54.

Nicolaus Groth Fein-, Grobbäckerei Alfstr. 32.

P. Johannsen Konditorei Fleischhauerst. 51

H. Bengelsdorf, Dankwartsgrube 41
Bäck. u. Kond., empf. tägl. frische Backw.

Brot-Fabrik

Lübecker Central-Brotfabrik
Rich. Spangenberg
Lindenstr. 20-22. Fernruf 256
„Juwelbrot"
wohlschmeckendes Kraft- u. Nährbrot
Backwaren jeglicher Art.

Böttchereien

F. Neelsen Fischergrube 41 Telephon 1455.
Böttcherei mit elektrisch. Betrieb.
Spez.: Waschbeigen, Bütte und Spülkübel.

Brauereien

Trinkt
Adler-Biere

H. Lück
Brauerei zur Walkmühle

Trinkt
Lübecker Vereins-Bräu

Trinkt
Kieler Schloßbräu
Vertreter
für Lübeck und Umgegend:
Fr. Kropf, Brauerei Osbhar
Glockengießerstraße 87.

Ratzeburger Aktien-Brauerei

Elbschloß-Bier
H. Nupnau Empfehlensw. Lokal Fackenburger Allee 76

Cigarrenhdlg.

Cigarren, Cigarett., Tabake, Weine
vis-à-vis dem Stadttheater, Beckergrube 7
K. Hoffmann.

Hermann Kersten
Hüxstraße 8.
Hamb. Regatta à 5 Pfg., 10 St. 48 Pfg.

Elisabeth Sühr
Untertrave 20.
Cigarren, Cigaretten, Pfeifen.

Hermann Wieghorst
Am Markt • • • • Neben der Post
Ecke weit. Krambuden.

W. Bahrdt, Hüxstraße 104.

Ludw. Beth, Untertrave 6.

Carl Froh, Untertrave 14.

H. Möller Holstenstraße 42

Carl Hasse Dankwartsgrube 44.

E. Palow Ecke Engelswisch-, Alsheide.

Adolf Röhrich Holsteustr. 2 Ecke Schüsselbud.

Otto Schlamm, Königstr. 48 b.

J. Weiterich Untertrave 87 Ecke Beckergrube.

Blumen u. Kränze

Robert Mißling
Breitestr. 55, Ecke Johannisstr.
Blumenbinderei u. Pflanzenhandl.

Herm. Schunk Fackenburg. Allee 19 Handelsgärtnerei.

Wiese, Pfaffenstr. 11.

Fleisch- und Wurstwaren

Th. Hamann
Schlachterei
Markt 7 Kohlmarkt 4
Telephon 8923

Herm. Miljes
Schüsselbuden Nr. 30

Herm. Spangenberg
Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren
— Schwartauer-Allee 59 —

Heinrich Kronsbein
Travelmannstraße 26/28
:-: Hansastraße 95 :-:

J. Raabe, Rosenstraße 31.

Kaufhaus Siegfried Ittmann
Breite Str. 33, 1. Etage

Einzel-Möbel sowie kompl. Wohng.-Einrichtg.	Herren-, Damen- u. Kinder-Konfektion Arbeiter-Garderb.	Manufaktur-Waren Wäsche, Teppiche, Kinderwagen etc.

Auf Teilzahlung
in kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten.

Unger & v. Deesen
Sandstr. 20, I. Etage Westfälisches Leinenhaus Sandstr. 20, I. Etage
die billigsten am Platze.

Spezial-Butter- u. Margarine - Haus
Fr. Warnecke
Breitestrasse 1—5.

Butter und Margarine

C. Schepler
Pfaffenstraße 2
erstes Spezialhaus für
Butter
Eier — Margarine

Mart. Wegener
Beckergrube 30
Billigstes Einkaufshaus für
Butter — Margarine — Schmalz
Gelbe Rabattmarken.

Chem. Reinigung- u. Bügelanstalt

J. Brauner, Schneidermeister
Johannesstraße 56
Änderung u. Reparaturen billigst.

Eisenwaren u. Werkzeuge

G. Kagel & Co.
Sandstr. 18 Tel. 307

Rob. Koosmann
Beckergrube 34, Tel. 1210
Werkzeuge für sämtliche Gewerbe.
Spezialität: Töpfer- und Fliesenansetzer-Werkzeuge.

Franz Genzmer
Fackenburger Allee 10 b
Fernsprecher 1031.

Emil Seidel & Co.
Burgstraße 40, Baubeschläge, Öfen, Herde, Werkzeuge.

Färberei, Chem. Reinigung

Alw. Karstadt
: Annahmestellen :
in allen Stadtteilen
Telephon 313 • Telephon 313

Färber Lehfeldt
Johannesstraße 70
reinigt und bügelt
Herren- und Damen-Garderobe

Gesundheits-Brot

Verlangt
Simonsbrot
Vollkornbrot a. reinem Roggen
K. zuleidenden und Zuckerkranken
- Ärztlich empfohlen! -
Erhältlich in 50 Niederlagen.

Fuhrwesen und Möbeltransport

H. F. Meiners
Dankwartsgrube 57/59
Möbeltransport und Lagerung
Equipagen für jede Gelegenheit
Automobile, Taxameter
Tag und Nacht Betrieb
Telephon Nr. 800.

Fahrräder, Nähmaschinen

G. Jönson, Fackenburger Allee 32
Fahrräder — Nähmaschinen
Reparaturwerkstatt.

Glas, Porzellan

ARNOLD BERG
Breitestrasse 35.

Garten-Sämereien

Friedrich Michael
Breitestraße 49

Gummiwaren

Wilh. A. C. Weffel
Breitestraße 58 a
Dauerwäsche — — Wachstuche
Artikel für Krankenpflege.

Hauseinrichtung.

Heinr. Pagels
Breitestraße 91/93, Hüxstraße 6/14.
Größte Auswahl in Hausstandssachen, Öfen, Herde, Gaskocher, Gruden, Wandplatten, Spielwaren.

Herrenartikel

Heinrich Waller Breite Str. 60.
Spez.-Geschäft in Handschuhen u. Krawatten, Herren-Wäsche.

Ernst Wehde
Beckergrube 33
Hüte, Mützen.

Pflanzen-Butter

Delikateß-Eigelb-Pflanzenbutter
Edel Margarine
„Heimchen"
das Pfund 80 Pfg.
Otto H. C. Voigt
Johannisstraße 22

Korbwaren

Karl Schulmerich, Mühlenst. 29
Tel. 2052 Korbwaren Tel. 2052
Spez.: Kinderwagen u. Korbmöbel

Hüte und Mützen

Jos. Tralow, Wahmstr. 11
Inh. Ferd. Kauffeld.
Vermietg. v. Cylinder- u. Klapphüt.

Ed. Hirsekorn
: Sandstraße 20 :

Honig

Bienenfleiss
Deutscher Naturhonig u. Raffinade
Erhältlich in allen Nahrungsmittelgeschäften
Karl Häuer & Co. Lübeck.

Lichtspiele

Neues Lichtspiel-Theater
Breitestr. 13 neben Hansa-Café
Größtes, am besten ventiliertes u. der Neuzeit entsprechendes Lichtspiel-Etablissement.

Kolonialwaren u. Kaffeeröst.

Fritz Kruse
Inhaber: Paul W. Pöttger
Schüsselbuden 32
Kaffee
in sämtlichen Preislagen.

Carl Fr. Timm Nachf.
Glockengießerstr. 16. Teleph. 2414
Größtes
Geschäft der Lebensmittelbranche.
Butter, Konserven, Mühlenfabrikat.
Gr. Konsum. Kl. Preise.

Heinr. Beckmann, Engelsgrube 51.

Carl Hering, Aegidienstr. 37.

Lederwaren u. Reiseartikel

J. H. Busson
Sattler, Sandstr. 8
Portemonnaies
Lederwaren
Brieftaschen
Ränzel
Schultaschen
Rucksäcke
Reit- und Fahr-Artikel

Wilh. Kreutzfeldt
Lederhandlung, sämtl. Schuhmacherartikel
Fischergrube 23

E. Teuteberg Untertrave 60. Schlienausschnitt. Schuhmacherart

W. Chifflard
Schmiedestraße 21
Vermietung v. Reisekoffern

Lederhandlung

Johs. Goldt
Dankwartsgrube 60.
Lederhdl. u. Schuhmach.-Bed.-Art.

Heinr. Schlüter
—Sohllederausschnitt—
Glantorpstraße 7.

Möbelfabrik

Hintze & Stech
Moislinger Allee 60
: Telephon 1106 :
Detail-Verkauf in der Fabrik
-:- gegen Barzahlung -:-

Meierei

Möbelmagazin

Herm. Rist Hunde-Str. 12.
billigste Bezugsquelle
Eig. Tischler- u. Tapezierwkst.

Mineralwasser u. Spirituosen

J. C. Wessel
Gr. Gröpelgrube 21—23 Tel. 750.

Verlangen Sie
Buntekuh-Kümmel

Johs. Fischer
Heinrich Holldorff's Nachfolger,
Gr. Burgstraße 17.

Kniep & Bartels
= Kapitelstraße 3 =

F. HÖPPNER
Alfstraße 11
Teleph. 2135

Dr. Nickell Spezialfabr. nur alkoholfreier Getränke. Tel. 1070.

Musikinstrum.

Meyer & Eggert
Königstraße 116.

Louis Rowedder
49 nur Hüxstrasse 49

Piano-Hausmann, Johannisst. 14

Obst und Gemüse

Heinrich Warncke
Königstraße 64
Kartoffeln — Obst — Gemüse

Öfen und Herde

F. STEEN
Wahnstraße 58
Irdenes Gebrauchsgeschirr

Photographien

Samson & Co.
Breitestraße 39.
Erstes Atelier mit
- billigen Preisen -
Amateur Bedarfsartikel.

Restaurants

Restaur. Zum Goldenen Fass und Central-Herberge
C. Schroeder, Lederstraße 3.

Robert Mihr Restaurant Moislinger Allee 57 a

Spezial-Betten-Geschäft

Pauline Karstadt
Carl Karstadt's Ww.
Holstenstraße 18
Erstes Spezialhaus am Platze.

Fordern Sie ausdrücklich in allen Kolonial- u. Delikatessengeschäften
„Loretta"
: feinste Pflanzenbutter-Margarine :
„Optima" (Höhenzollern)
feinste Süßrahm-Margarine der Mettmanner-Margarine-Fabrik
Niederlage: Kl. Reichenstraße 21/23, Hamburg

Saison-Ausverkauf

Um eine möglichst totale Räumung der zum Ausverkauf gestellten Waren zu erzielen, sind die Preise **ganz gewaltig** herabgesetzt. Die früheren Preise sind neben den Ausverkaufspreisen deutlich vermerkt, damit sich die verehrte Kundschaft von der gewaltigen Preisermäßigung selbst überzeugen kann. — Auf sämtliche regulären Waren gewähre ich eine **Extrapreisermässigung von 10 %.**

Damen- und Mädchen-Konfektion

Farbige Damen-Paletots	regulär	17.50	22.85	26.50	29.75
	jetzt	**11.50**	**14.50**	**17.50**	**19.50**
Schwarze Frauen-Mäntel	regulär	22.50	26.00	29.00	33.00
	jetzt	**14.75**	**16.95**	**19.75**	**22.50**
Weiße Leinen-Mäntel	regulär	14.95	15.85	16.50	23.50
	jetzt	**5.95**	**8.95**	**9.50**	**11.50**

Farbige u. blaue Kostüme	regulär	28.00	38.50	51.00	78.00
	jetzt	**14.50**	**24.75**	**34.75**	**38.50**
Farb. u. blaue Kostümröcke	regulär	9.25	22.75	26.75	35.00
	jetzt	**6.75**	**9.85**	**14.50**	**19.85**
Farb. Wollmusselin-Blusen	regulär	5.65	11.65	12.50	18.75
	jetzt	**3.95**	**4.75**	**7.35**	**9.85**

Farbige Musselin-Kleider

regulär	19.85	23.50	26.50	29.75
jetzt	**11.85**	**14.75**	**19.50**	**22.75**

Farbige Kinderkleider u. Kindermäntel
zum Teil **50–75 %** im Preise herabgesetzt.

Weisse Stickerei-Kleider

regulär	10.75	13.75	24.50	32.50
jetzt	**6.95**	**9.85**	**12.85**	**14.75**

Ein Posten
Garnierte Kinderhüte
in geschmackvoller Ausführung zum Aussuchen
Serie I **95 ₰** Serie II **1.48**

Ein Posten
Garnierte Babykäppchen
in Mull und Batist, zum Aussuchen
Serie I **48 ₰** Serie II **78 ₰**

In der Damenputz-Abteilung:

4 Serien **Garnierte Damen-Hüte**
zum Aussuchen, regulär 4.00—15.00

	Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
jeder Hut	**1.50**	**2.50**	**3.75**	**4.95**

Enormer Posten
:: Hutformen ::
in verschiedenen Geflechten zum Aussuchen, regulär 1.10—2.00
jede Form **25 ₰**

Enormer Posten
Blumen ::
zum Aussuchen, regulär 1.00—3.50
Serie I **25 ₰** Serie II **58 ₰**

Ca. 2000 Meter Kleider- und Blusenstoffe

5669

Wollene Kleiderstoffe

regulär	2.10	2.85	3.75	4.50
jetzt pro Meter	**1.45**	**2.25**	**3.15**	**3.75**

Wollene Blusenstoffe

regulär	1.10	1.70	2.25	3.10
jetzt pro Meter	**48 ₰**	**78 ₰**	**95 ₰**	**1.25**

Enormer Posten
Reste
für die Hälfte der früher bereits herabgesetzten blauen Preise.

Reinwollene Musseline

regulär	1.25	1.35	1.55	1.95
jetzt pro Meter	**78 ₰**	**95 ₰**	**1.18**	**1.25**

Baumwollene Waschstoffe

regulär	55 ₰	68 ₰	88 ₰	1.10
jetzt pro Meter	**38 ₰**	**48 ₰**	**58 ₰**	**68 ₰**

Enormer Posten **Damen-Beinkleider** regulär 1.75—4.50	Posten I	Posten II	Posten III
	1.08	**1.95**	**2.95**
Enormer Posten **Damen-Hemden** regulär 2.20—3.75	Posten I	Posten II	Posten III
	1.65	**1.95**	**2.95**
Enormer Posten **Damen-Nachthemden** regulär 3.95—7.50	Posten I	Posten II	Posten III
	2.45	**3.95**	**5.75**

Ein Posten **Korsetts** Frack-Fasson regulär 2.60 . . . . . jetzt **1.95**

Ein Posten **Oberhemden** in weiß und farbig regul. 4.50—6.50 jetzt **2.95**

Enormer Posten vorgezeichnete und fertige
Tapisserie-Waren:
Paradehandtücher, Bettwandschoner, Besenvorhänger, Küchenhandtücher, Läufer, Servietten usw.
mit **50–75 %** Preisermässigung.

3 Posten **Mako-Herrenhemden** regulär 1.85—4.00	Posten I	Posten II	Posten III
	1.38	**1.78**	**2.45**
3 Posten **Mako-Damenhosen** regulär 2.50—3.50	Posten I	Posten II	Posten III
	1.95	**2.25**	**2.45**
3 Posten **blaue Reform-Damenhos.** regulär 2.25—8.50	Posten I	Posten II	Posten III
	1.38	**3.95**	**4.95**

Enorm. Posten **Tändelschürzen** in farbig regulär 1.60 . . jetzt **1.28**

Enorm. Posten **Kinderschürz.** in farbig, Größe 45—75 regul. bis 2.00 p. Schürze **95 ₰**

Ca. 3000 Mtr. Wäschetuch 70/80 cm breit gute Qualität,
Post. I Mtr. **28 ₰** Post. II Mtr. **38 ₰** Post. III Mtr. **45 ₰**
Wert 42 ₰ Wert 48 ₰ Wert 55 ₰

Ca. 2500 Mtr. wß. Bettsatin diverse Muster 130 u. 140 cm br.
Post. I Mtr. **82 ₰** Post. II Mtr. **1.10** Post. III Mtr. **1.35**
Wert 1.10 Wert 1.45 Wert 1.75

Ca. 1000 Mtr. Bettuchhalbleinen
130/140 cm breit, dauerhafte Qualitäten
Post. I Mtr. **98 ₰** Post. II Mtr. **1.10** Post. III Mtr. **1.35**
Wert 1.25 Wert 1.50 Wert 1.75

Fertige Betten

bestehend aus Oberbett, Unterbett, Pfühl und Kissen, sämtlich aus erprobten, größtenteils echt türkisch-roten Inletts; gefüllt mit garantiert doppelt gereinigten Bettfedern und Daunen.

Bett I jetzt 13.20	Bett II jetzt 18.90	Bett III jetzt 24.70	Bett IV jetzt 29.60	Bett V jetzt 38.10
Bett VI jetzt 42.45	Bett VII jetzt 51.25	Bett VIII jetzt 56.35	Bett IX jetzt 65.00	Bett X jetzt 76.00

Bettbezüge weiß und bunt teilweise leicht angestäubt
Posten I **2.85** Posten II **2.95** Posten III **3.85**
Wert 3.60 Wert 3.95 Wert 4.85

Bettücher volle Größen und Ia. Qualitäten in Haustuch und Halbleinen
Posten I **1.95** Posten II **2.65** Posten III **3.10**
Wert 2.65 Wert 3.45 Wert 3.75

Kissenbezüge in versch. Ausführung aus Ia. Renforce und Linon
Posten I **1.18** Posten II **1.45** Posten III **1.95**
Wert 1.65 Wert 1.95 Wert 2.55

Ca. 4000 Mtr. Gardinen weiß, creme und elfenbein, ausgesucht schöne Muster und Ia. Qualitäten = = **enorm billig**

Posten I	Posten II	Posten III	Posten IV
45 ₰ Wert b. 65 ₰	**65 ₰** Wert b. 95 ₰	**95 ₰** Wert b. 1.45	**1.20** Wert b. 1.75

Teppiche 8/4 Velour, Tapestry, Axminster	jetzt	8.75	10.75	15.25	15.85	18.75
	regulär	10.95	15.25	19.25	21.00	22.00
Teppiche 10/4 Velour, Tapestry, Axminster	jetzt	13.50	19.50	25.00	26.50	31.50
	regulär	18.00	26.75	29.50	32.00	42.50
Teppiche 12/4 Velour, Tapestry, Axminster	jetzt	19.85	24.75	32.50	38.50	53.50
	regulär	26.50	35.00	39.00	46.00	69.00

Große Posten **Steppdecken**	jetzt	8.25	9.85	12.85	16.50	18.50
	regulär	9.85	12.75	18.25	20.25	22.50
Große Posten **Portieren**	jetzt	6.50	8.75	11.50	17.85	25.00
	regulär	9.20	11.75	14.75	23.50	31.00
Große Posten **Gartentischdecken**	jetzt	95 ₰	1.48	1.68	2.65	4.95
	regulär	1.28	2.15	2.40	4.50	7.40

Lübeck
Königstr. 87-89
Ecke Wahnstr.

Hans Struve

Rendsburg.
Neumünster.